

st r e i f e

ISSN 0585-4202

POLIZEI
des Landes
Nordrhein-Westfalen



47. Jahrgang • Heft 11-12/2007

Herausgeber: Innenministerium NRW

www.polizei.nrw.de

IM NRW –
„Polizei im
demografischen Wandel“

IM NRW –
Neue Polizeiuniform
im Trageversuch

Staatskanzlei NRW –
Lebensrettungsmedaillen
an Polizeibeamte verliehen

IM NRW –
Landespreis Innere
Sicherheit 2007





Katholische Polizeiseelsorge im Erzbistum Paderborn

Dienst der Kirche
an
der Polizei



Erzbistum
Paderborn

Fortbildungs- und Freizeitangebote 2008

FORTBILDUNGSSEMINARE:

Zum Thema: „Der demografische Wandel – Ursachen und Auswirkungen auf Polizei, Gesellschaft und Kirche“

- 7. – 11. Januar Elkinghausen
- 14. – 18. April Schwerte
- 20. – 24. Oktober Hardehausen
- 24. – 28. November Hardehausen
- 8. – 12. Dezember Paderborn

31. März – 3. April Meschede

Tag der Stille und Orientierung

5. – 9. Mai Werningerode
Motorradfahrer-Seminar

„Und dann wird der Staat zum Vaterland und das Vaterland verlangt Opfer“

15. – 17. August Elkinghausen

„Partnerschaft im Alltag leben – zur Vereinbarkeit von Polizeiberuf und Partnerschaft“, Seminar mit Partner/in

22. – 26. Sept. Den Haag/ Europa-Seminar
„Vom neuen Werden eines alten Kontinents“

FREIZEITANGEBOTE:

Familienferienfreizeit:

28. Juni – 5. Juli in Burhaversiel/Nordsee

Wanderwochenende:

8. – 10. August im Sauerland

Ehemaligenwochenende:

8. – 9. November in Elkinghausen

Studienkurzreise:

5. – 7. Dezember in den Harz

Kosten:

– für Fortbildungsseminare und

Motorradfahrer-Seminar¹:

20,- € pro Tag und Teilnehmer

– für die Tage der Stille¹⁺²:

110,- € pro Person für Vollpension

– für das Partnerseminar¹⁺²:

60,- € pro Person für Vollpension

– für das Europa-Seminar¹⁺²:

200,- € pro Pers. für Reise u. Halbpension

– für die Familienferienfreizeit²:

250,- € für Erw. u. 100 – 150,- € für Ki.

– für das Wanderwochenende²:

80,- € pro Person für Vollpension

– für d. Ehemaligenwochenende²:

50,- € pro Person für Vollpension

– für die Studienkurzreise²:

210,- € pro Pers. für Reise u. Halbpension

Anmeldungen:

frühzeitig, spätestens 2 Monate vor Veranstaltungsbeginn bei

Diözesanpolizeipfarrer Msgr. W. Bender
oder Frau de Kegel

Carl-Sonnenschein-Weg 6

33758 Schloß Holte-Stukenbrock

Telefon 0 52 07 / 99 59 37, Fax 0 52 07 / 99 59 68

E-Mail: polizeiseelsorge@erzbistum-paderborn.de

oder www.polizeiseelsorge-erzbistum-paderborn.de
oder www.pss-pb.de

Bankverbindung: Konto-Nr. 56 609 802 bei der Bank für Kirche und Caritas in Paderborn, BLZ: 472 603 07

¹ Für die Seminare kann im Rahmen des § 4 SvrV Sonderurlaub oder gemäß Art. 11 der „Vereinbarung über die Wahrnehmung der katholischen Polizeiseelsorge im Land Nordrhein-Westfalen“ (Mbl. NW 1962, S. 1352) Dienstbefreiung beantragt und gewährt werden.
² Anzahlung erforderlich.

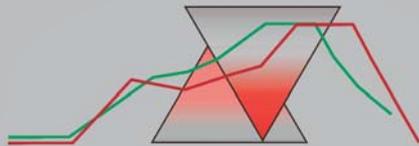
Vorankündigung:

Studien- u. Pilgerreise im Okt./Nov. 2009 ins Heilige Land: „Auf den Spuren Jesu“

Liebe Leserinnen und Leser,

das Problem „Überalterung der Gesellschaft“ ist auch für die Polizei NRW von großer Bedeutung. Aus diesem Grund beschäftigt sich diese Ausgabe schwerpunktmäßig mit dem demografischen Wandel.

Frühzeitig setzte sich das Innenministerium mit möglichen Entwicklungen des demografischen Wandels auf die Polizeiorganisation Nordrhein-Westfalens auseinander. Als eine der ersten Maßnahmen wird ab diesem Jahr die Zahl der Neueinstellungen von 500 auf 1.100 erhöht.



Polizei im demografischen Wandel

Der zweite Themenschwerpunkt behandelt das erhöhte Unfallrisiko auf Landstraßen und den erforderlichen Präventivmaßnahmen, um dieses Risiko zu senken. Dazu gehört auch

das Projekt „Schutzengel“, bei dem junge Frauen zu „Schutzengeln“ ernannt werden, um positiv auf ihre männlichen Begleiter einzuwirken und gefährliche Fahrsituationen erst gar nicht entstehen zu lassen.

Für Leserinnen und Leser, die bisher nicht die Möglichkeit hatten, die letzte Sonderausgabe der „Streife“ zu lesen, berichten wir noch einmal ausführlich zum Trageversuch der neuen Polizeiuniform.

Ihre Redaktion „Streife“

Ralf Hövelmann,
Redaktion „Streife“
Tel.: 02 11 – 8 71 23 66

E-Mail: streife@im.nrw.de
www.streife-online.nrw.de

Das Titelfoto zeigt Kolleginnen und Kollegen mit der neuen Polizeiuniform. Es entstand in der NRW Staatskanzlei anlässlich der Pressekonferenz zum Trageversuchsstart. Fotos Jan Potente

Innenministerium NRW – Auswirkungen der Demografie auf die Polizei NRW 4

Staatskanzlei NRW – Lebensrettungsmedaille verliehen 8

LAFP NRW – Fachtagung „Sicherheit auf Landstraßen“ 12



FHÖV NRW – Verkehrspräventionsprojekt „Schutzengel“ 16

Innenministerium NRW – Start des Trageversuchs „Neue blaue Polizeiuniform“ 20

PP Aachen – Trinationales Treffen 22



LAFP NRW – Empfang im Bundeskanzleramt 22

Innenministerium NRW – Landespreis Innere Sicherheit 2007 verliehen 24

PP Dortmund – Neue Polizeiwache Lünen 26

PP Duisburg – Eröffnung der „Citywache“ 27



PP Dortmund – Verkehrsexpertentag 2007 28

LAFP NRW – Aktuelle Informationen zum Waffenrecht 31

LR Warendorf – Neue „Mobile Wache“ 32

PP Bochum – Personalien 33

Rätsel/Vorschau 34/35

Fotos: Jochen Tack, Jan Potente, ADAC, DVR,



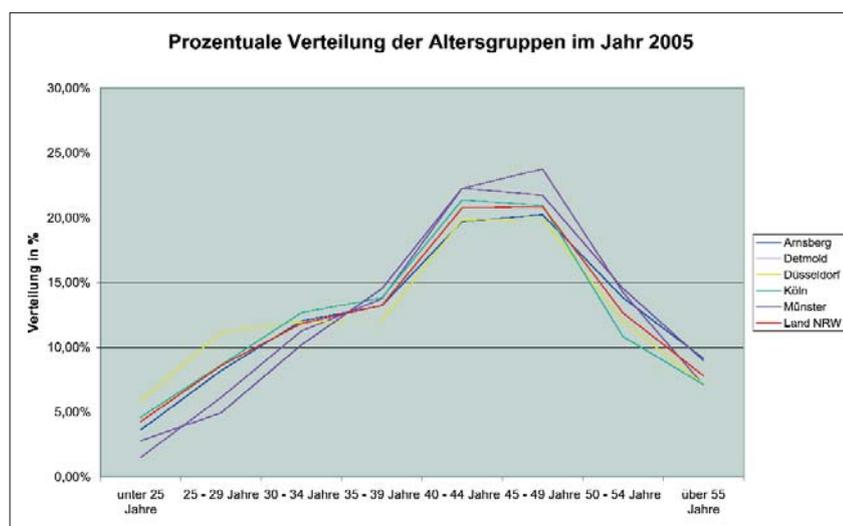
Polizei im demografischen

Entwicklung und die Auswirkungen zur Altersstruktur der

Die Überalterung der Gesellschaft in Deutschland wird überall breit diskutiert. Es ist kein alleiniges Problem der Polizei. Prognosen auf der Grundlage derzeitiger Bevölkerungsentwicklungen lassen aber auch Auswirkungen auf die zukünftige Arbeit der Polizei erwarten.

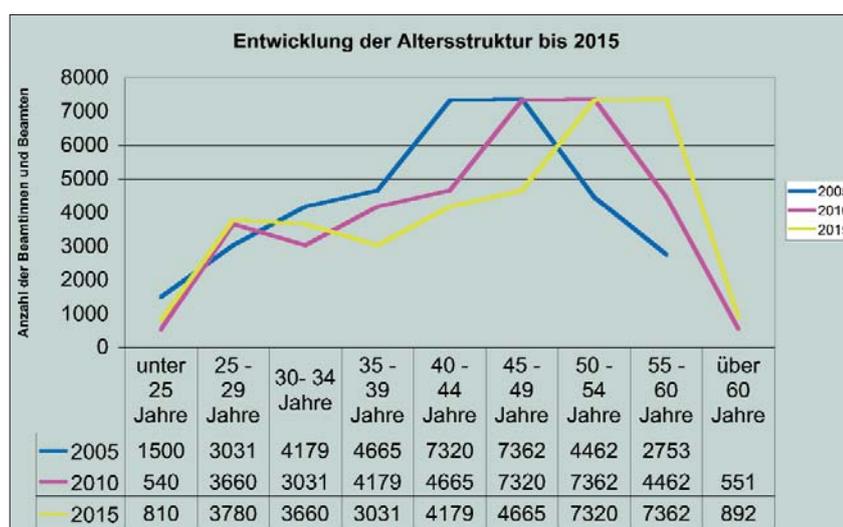
Bereits im Jahr 2002 hat das Innenministerium begonnen, sich mit den Auswirkungen der Demografie auf die nordrhein-westfälische Polizei auseinander zu setzen. Zunächst wurden die damaligen Altersstrukturdaten erhoben und Prognosen bis zum Jahr 2012 erstellt. Insbesondere die Altersgruppe der 35 bis 49jährigen war überproportional vertreten. Gründe dieser Entwicklung liegen unter anderem in den Einstellungszahlen, aber auch generell in der Entwicklung der Geburtenraten der 60er Jahre, die übrigens bei Wirtschaftsunternehmen zu ähnlichen Altersstrukturen führen. Im Januar 2005 wurde unter der Leitung von LPD Josef Twickler (IM NRW) eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlichster Arbeitsbereiche der Kreispolizeibehörden, des Innenministeriums sowie des Polizeihauptpersonalrates eingesetzt. Ihr Auftrag lautete, die Entwicklung und die Auswirkungen zur Altersstruktur der Polizei NRW zu untersuchen und Lösungsansätze zu erarbeiten.

Folgende Entwicklung zeichnet sich ab:



Im Jahr 2002 waren fast 18% (2005: 20%) der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (PVB) 50 Jahre und älter und etwa 39% (2005: 42%) im Alter zwischen 40 und 49 Jahren.

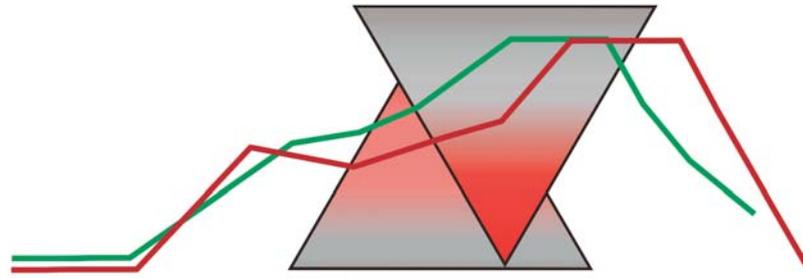
Unter Berücksichtigung der Einstellungen wird sich die Altersstruktur in den nächsten Jahren wie nachfolgend – stark vereinfacht dargestellt – verändern:



Bei linearer Fortschreibung der Daten aus 2005 werden im Jahr 2015 voraussichtlich im Landesdurchschnitt rund 47% der PVB mindestens 50 Jahre alt sein.

Das heißt aber auch, dass im Landesdurchschnitt circa 53% der PVB jünger als 50 Jahre sein werden.

Wandel



Polizei im demografischen Wandel

Polizei NRW

Die Entwicklung ist in den einzelnen Kreispolizeibehörden sehr unterschiedlich. Besonders betroffen sind die so genannten „Endverwendungsbehörden mit ländlichen Strukturen“. Dieses Problem kann nicht durch das Versetzen jungen Personals in diese Behörden gelöst werden. Wesentlicher Lösungsansatz muss deshalb sein, das in den Behörden vorhandene Personal alters- und leistungsgerecht einzusetzen. Der im September 2006 vorgelegte Bericht der Arbeitsgruppe zeigt, dass es eine einfache Problemlösung nicht gibt, sondern dass viele Maßnahmen ineinander greifen müssen.

Folgende Maßnahmen sind schon umgesetzt, weitere werden folgen:

1. Erhöhung der Einstellungszahlen

Trotz der nach wie vor schwierigen Finanzlage ist es gelungen, die Einstellungsermächtigungen schon ab dem Jahr 2008 von 500 auf 1100 zu erhöhen. Dadurch sollen zukünftig Schwankungen in den so genannten „Alterskohorten“ (fest umschlossene Altersgruppen) vermieden werden. Dies führt zu einer Verstetigung der Einstellungszahlen und einer deutlich verbesserten Personalstruktur.

2. Streichung von 841 kw-Stellen

Durch die Verlängerung der Wochenarbeitszeit hätte die Polizei sukzessive noch 841 Planstellen durch Ausbringung von KW-Vermerken (künftig wegfallend) abbauen müssen. Diese kw-Vermerke wurden gestrichen,

sodass diese Planstellen der Polizei auch weiterhin zur Verfügung stehen.

3. Die Regelung zur Verweildauer in der Bereitschaftspolizeihundertschaft wird angepasst.

Als einer der ersten Umsetzungsschritte wurden Regelungen über die Verweildauer in der Bereitschaftspolizeihundertschaft angepasst. Zukünftig können Beamtinnen und Beamte, die die Voraussetzungen erfüllen, auf freiwilliger Basis über die bisherigen Altersgrenzen hinaus in diesem Aufgabengebiet eingesetzt werden. Das ermöglicht die Verwendung junger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wachdienst und unterstützt damit eine Verjüngung dieses Aufgabebereichs.

4. Sicherung des Erfahrungswissen der Kriminalpolizei

Einer Verjüngung bedarf es auch in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung. Hier wird in den kommenden Jahren eine hohe Anzahl an Zuruhesetzungen erfolgen. Fach- und Erfahrungswissen muss frühzeitig an junge PVB weitergegeben werden. Die bereits im Versetzungsverfahren 2007 festgeschriebene 75%-Regelung (siehe Infokasten) hilft, dieses Ziel zu erreichen.

5. Aufbau eines Gesundheitsmanagements

Die Gesundheit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern, ist ein weiterer

Baustein zur Erhaltung der Motivation und Leistungsfähigkeit. Weitere Maßnahmen werden folgen. Konzepte zur Gesundheitsförderung befinden sich in der Entwicklung. Unter anderem wird eine Studie in Zusammenarbeit mit der Sporthochschule Köln Erkenntnisse über den Gesundheitszustand der Beschäftigten in ausgewählten Behörden erbringen und ggf. erforderlichen Handlungsbedarf deutlich machen. Zu einem umfassenden Gesundheitsmanagement gehört auch der Sport in der Polizei.

„75% - Regelung“

Die Behörden besetzen ab sofort circa 75% des erforderlichen Nacheratzes im Ermittlungsdienst (ausgenommen Verkehrskommissariate) mit Beamtinnen und Beamten unmittelbar im Anschluss an die vierjährige Erstverwendung. Für eine Übergangszeit bis zum Jahr 2010 ist im Rahmen dieser Größenordnung auch allen Beamtinnen und Beamten unter 40 Jahren die Möglichkeit zu geben, sich im Rahmen der freien Funktionen für die Sachbearbeitung im Ermittlungsbereich zu bewerben.

Wesentlicher Faktor bei der Betrachtung der Lösungsansätze bleibt jedoch weiterhin die hohe Anzahl der heute 40- bis 50-jährigen PVB, die sich als „Alterskohorte“ weiter entwickelt und in diesem Umfang den Anteil der 50- bis 60-jähri-

LPD Josef Twickler
verwies auf die
Eigen-
verantwortung
der Behörden.



gen darstellen wird. Vorrangige Aufgabe der Behörden vor Ort wird sein, diesen Mitarbeitern auch zukünftig einen anforderungsgerechten Arbeitsplatz bieten zu können. Im Klartext bedeutet dies, dass die älteren Beschäftigten auch zukünftig so eingesetzt werden müssen, dass sie den an sie gestellten Anforderungen physisch und psychisch gewachsen sind. Das erfordert schon jetzt ein Umdenken bei der Besetzung von Stellen einer Kreispolizeibehörde. Jede Veränderung der Organisationsstrukturen oder der Aufgabenraten muss zukünftig mit dem Blick durch die „demografische Brille“ erfolgen und die Altersstruktur der Beschäftigten berücksichtigen.

Fachtagung „Polizei im demografischen Wandel – Perspektiven erkennen – lageangepasst handeln“

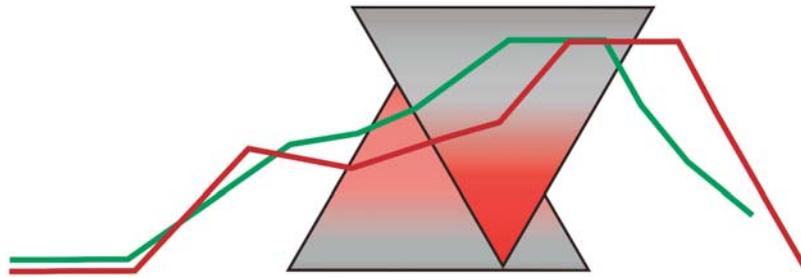
Am 15. Januar 2008 lud das Innenministerium alle Behördenleiterinnen und Behördenleiter und die in den Kreispoli-

zeibehörden für Personal- und Organisationsentwicklung Verantwortlichen zu einer Auftaktveranstaltung „Polizei im demografischen Wandel – Perspektiven erkennen – lageangepasst handeln“ nach Selm/Bork ein. Das LAFP NRW und das LZPD NRW stellten ihr Beratungs- und Unterstützungsangebot vor.

Der Leiter der Abteilung 4 im Innenministerium, Ministerialdirigent Carl Heinrich von Bauer, eröffnete die Tagung und forderte die Anwesenden auf, sich an dem Umsetzungsprozess aktiv zu beteiligen. LPD Josef Twickler stellte die Ergebnisse der Arbeitsgruppe und die ersten bereits eingeleiteten Umsetzungsschritte vor. Er



Dr. Thomas Langhoff von der Gesellschaft für betriebliche Zukunftsgestaltung machte deutlich, dass mehr Personal allein nicht zum Erfolg führt.



Polizei im demografischen Wandel

verwies neben den zentralen Maßnahmen auch auf die Eigenverantwortung der Behörden, die sich mit ihrer speziellen Altersstruktur auseinandersetzen müssen, da landesweite Steuerungsmechanismen nur in begrenztem Umfang Wirkung erzielen. Die Situation muss vor Ort analysiert, Problembereiche müssen erkannt und örtliche Lösungen gefunden werden. Dr. Thomas Langhoff von der Gesellschaft für betriebliche Zukunftsgestaltung berichtete über Erfahrungen von Wirtschaftsunternehmen im Umgang mit dem demografischen Faktor. Auf die Polizei bezogen machte er deutlich, dass das häufig geforderte „Allheilmittel“, mehr Personal oder ein Eingriff in das Versetzungsverfahren allein nicht zum Erfolg führt. Vielmehr bedarf es einer Anpassung der Arbeitsbedingungen und einer Befähigungsanalyse der Mitarbeite-



rinnen und Mitarbeiter, um Aufgabe und Leistungsvermögen der Beschäftigten in Einklang miteinander zu bringen. Der Leiter Gefahrenabwehr/ Einsatz der Kreispolizeibehörde Borken, LPD Alfred Bernitzke, stellte die ersten Ansätze seiner Behörde im Umgang mit der Altersstruktur der Polizei in Borken vor. Nach

Einrichtung einer Projektgruppe führte die Behörde im August 2007 eine Auftaktveranstaltung unter dem Motto „110aktiv“ durch, bei der körperliche Fitness und die Gesundheitsaufklärung im Vordergrund standen.

Interessant war das in der Behörde entwickelte Excel-Tool, mit dem Zuruhesetzungen und Hinzusetzungen simuliert werden können, um die Auswirkung auf die Altersstruktur der KP Borken in den unterschiedlichsten Organisationseinheiten darzustellen.

Die Entwicklung der Altersstruktur der Polizei Nordrhein-Westfalens wird sich in alle Organisationeneinheiten hinein auswirken. Es gilt, dieser Entwicklung innovativ und aktiv zu begegnen. Alfred Bernitzke prägte dafür am Ende seines Vortrags die Aussage: „Ich sehe das Problem auf mich zukommen und versuche es zu steuern, damit es nicht mich steuert.“ Weitere Berichte zu diesem Thema werden in den nächsten Ausgaben der „Streife“ folgen.

Mit einer Simulation lassen sich die Auswirkungen auf die Altersstruktur der KP Borken in den unterschiedlichsten Organisationseinheiten beobachten.

LPD Alfred Bernitzke vom LR Borken:
„Ich sehe das Problem auf mich zukommen und versuche es zu steuern, damit es nicht mich steuert.“



„Wer Mut zeigt, macht Mut!“

**Ministerpräsident Jürgen Rüttgers
zeichnet fünf Polizeibeamte
mit der Rettungsmedaille aus**

Nach der Ehrung
entstand dieses
Gruppenfoto mit
Ministerpräsident
Jürgen Rüttgers.
V. l.: Parlamentari-
scher Staatssekretär
Manfred Palmen,
Lars Lorenz,
Ralf Kluxen,
Andreas Jüngst,
Peer Grevers,
Ministerpräsident
Jürgen Rüttgers,
Ralf Rahm und
Inspekteur der
Polizei NRW
Dieter Wehe.
Nicht auf dem Foto
ist der geehrte
Kollege Steffen Groh.
Foto: Sebastian Pick



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zeichnete in einer zentralen Feierstunde insgesamt 27 Menschen aus Nordrhein-Westfalen mit der Rettungsmedaille des Landes Nordrhein-Westfalen aus. Darunter waren auch fünf Polizeibeamte. In der Feierstunde im Zeughaus in Neuss erinnerte der Ministerpräsident an ein Wort Adolph Kolpings: „Wer Mut zeigt, macht Mut“ und lobte die engagierten Taten der Lebensretter, die unter Einsatz ihres eigenen Lebens uneigennützig geholfen haben. „Sie haben Außergewöhnliches getan. Sie haben gehandelt, als ob es selbstverständlich sei. Es war aber nicht selbstverständlich, was Sie getan haben. Sie sind für uns alle Vorbilder.“ Die Lebensretter hätten vorgelebt, dass man nicht zuschauen dürfe, wenn andere in Not seien. Ministerpräsident Rüttgers: „Sie haben damit gezeigt, dass der Eigennutz eben nicht im Vordergrund steht. Sie haben gezeigt, dass wir uns in unserer Gesellschaft aufeinander verlassen können und dass Mitmenschlichkeit zählt. Sie waren nicht nur selber sehr mutig, sondern haben damit auch uns ermutigt, Ihnen nachzuziehen. Sie sind mit Ihrem Beispiel zu einem moralischen Kompass geworden.“

Die Rettungs-medaille des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Rettungsmedaille des Landes Nordrhein-Westfalen wird seit 1951 für mutige Taten verliehen, bei denen Retterin oder Retter die Gefahr für das eigene Leben nicht scheuten, um einen anderen Menschen aus einer lebensbedrohlichen Notlage zu befreien. In den 57 Jahren wurde die aus massivem Silber gefertigte Rettungsmedaille etwa 1000 Mal verliehen und zählt damit zu den am seltensten vergebenen staatlichen Ehrungen.



Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr:



Steffen Groh, Gelsenkirchen

Am 18. Juni 2006 kam es in der Wohnung der Eheleute N. zu einem Brand. Heinz N. schaffte es noch, den Brand über den Notruf zu melden; dann verlor er das Bewusstsein.

Polizeikommissar Steffen Groh war als einer der Ersten am Unglücksort. Die Flammen schlugen bereits bis zur 4. Etage der angrenzenden Wohnungen hoch. Während seine Kollegen die umliegenden Wohnungen räumten, trat Steffen Groh die Wohnungstür der Eheleute ein, um nach ihnen zu suchen. Dichter schwarzer Rauch quoll ihm entgegen. Heinz N. lag bewusstlos am Boden und blockierte dabei die Tür. Es war zu diesem Zeitpunkt schon nahezu unmöglich, die Wohnung ohne Schutzkleidung zu betreten. Steffen Groh versuchte es trotzdem. Unter größter Kraftanstrengung schaffte er es schließlich beim vierten Anlauf Heinz N. in Sicherheit zu bringen. Die Feuerwehr barg anschließend die Ehefrau. Für sie kam die Rettung zu spät. Sie verstarb an ihren schweren Verbrennungen.

Heinz N. überwand seine Rauchvergiftung nach längerer stationärer Behandlung. Steffen Groh, der ebenfalls eine Rauchvergiftung erlitten hatte, konnte nach 14 Tagen seinen Dienst wieder aufnehmen.

Fotos:
Staatskanzlei
Nordrhein-
Westfalen/
Fotograf: Ralph
Sondermann.



Lars Lorenz, Lage

Am 16. September 2006 war Polizeioberkommissar Lars Lorenz in seiner Freizeit mit dem Auto in Bielefeld unterwegs. Plötzlich sah er, wie aus einer Doppelhaushälfte dunkle Rauchwolken quollen. Er hielt vor dem Haus an und rief über Mobilfunk die Feuerwehr. Von den Nachbarn, die auf der Straße standen, erfuhr er, dass Frau H., eine ältere Dame, wohl noch im Hause sei. Weil er befürchtete, dass die Hausbewohnerin die Zeit bis zum Eintreffen der Feuerwehr nicht überleben würde, trat er die verschlossene Haustür ein. Er wurde sofort von schwarzem Rauch umhüllt. Um sich dem Qualm möglichst wenig auszusetzen, kroch Lars Lorenz – ungeschützt – auf dem Fußboden durch den Hausflur. Nach ca. fünf Metern sah er das Opfer im hinteren Teil des Eingangsbereichs stehen. Er brachte die unter Schock stehende Frau sofort ins Freie. Wenige Minuten später traf die Feuerwehr ein. Das Feuer hatte sich bereits im ganzen Haus ausgebreitet. Der Notarzt übernahm die Verletzte und brachte sie mit einer lebensbedrohlichen Rauchvergiftung ins Krankenhaus.



Peer Gervers, Mülheim/Ruhr, und Herr Ralf Rahm, Essen

Am 19. Februar 2007 alarmierten Passanten die Polizeioberkommissare Peer Gervers und Ralf Rahm. Ein Mann war von der Schlossbrücke in die Ruhr gesprungen. Die Beamten liefen sofort zu der Stelle und versuchten den augenscheinlich alkoholisierten Mann dazu zu bewegen, ans Ufer zu schwimmen. Als er auf ihr Zurufen nicht reagierte, sprangen beide Beamte ohne zu zögern in das nur sechs Grad kalte Wasser und schwammen auf den Mann zu, der bereits zu ertrinken drohte. Gemeinsam brachten sie den inzwischen bewusstlosen Mann ans Ufer und leisteten ihm bis zum Eintreffen des Rettungswagens Erste Hilfe. Nachdem der Mann notärztlich versorgt worden war, wurde er ins Krankenhaus gebracht.





Andreas Jüngst, Kreuztal

In der Nacht des 16. November 2006 kündigte ein Mann bei der Feuerwehrlaufstelle des Kreises Siegen-Wittgenstein an, dass er sich an einem Hochspannungsmast erhängen wolle. Polizeikommissar Andreas Jüngst, der mit seiner Funkstreife unterwegs war, fand den Mann in den Streben eines Hochspannungsmastes. Mit einer Schlinge um den Hals war er etwa zwei Meter in die Tiefe gestürzt und mit einem Fuß in einer Maststrebe hängen geblieben. Er drohte zu ersticken.

Um keine Zeit zu verlieren, ließ Andreas Jüngst alle Vorsicht außer Acht und stieg an den Maststreben zu dem Mann hoch. Es gelang ihm, die Halsschlinge zu durchtrennen, sodass dieser wieder atmen konnte. Da er dessen Fuß nicht befreien konnte, legte er beide Arme des Mannes um eine der Verstrebungen und fixierte die Hände mit einer Handfessel, damit er nicht mehr herunterstürzen konnte. Bis zum Eintreffen der Rettungskräfte, die den Mann schließlich befreiten, hielt Andreas Jüngst Kontakt zu dem Mann, um ihn von weiteren selbstgefährdenden Handlungen abzuhalten. Nach seiner Rettung wurde der Mann ins Krankenhaus gebracht.

Beamten- und Angestellten-Darlehen
Partner der Nürnberger Versicherung
Festzins 12 Jahre 5,15%, effekt. Jahreszins 5,88%
Beispiel: 30jährige Beamtin, Festzins 5,95%, Laufzeit 20 Jahre, effekt. Jahreszins 6,53%.
 35.000 € = monatlich 305,20 € inkl. Lebensvers.
 60.000 € = monatlich 433,42 € inkl. Lebensvers.
Ratendarlehen: Festzins ab 5,40%, effekt. Jahreszins, Laufzeit 1–10 Jahre.
NEU: Auch für Beamte auf Probe und Pensionäre.
Info-Büro 0800 / 77 88 000 gebührenfrei
 Fax-Nummer: 05130/790395
 vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark
www.beamtendarlehen-center.de

Unsere Anzeigenverwaltung erreichen Sie unter
Telefon 0211-7357-568
Fax 0211-7357-507

PARTNER IN BAUFINANZIERUNGSFRAGEN
Hypothekendarlehen für Kauf, Neubau,
Umfinanzierung: Zinssatz **4,55 %**, effektiv **4,68 %**, fest 10 Jahre, Tilgung 1 %.
NEU: Finanzierung bei Objektkauf auch mit Ablösung bestehender Kredite möglich.
 Zinsen für die Zukunft sichern durch Forwarddarlehen ohne Zinsaufschlag.
Beamten- / Angestelltendarlehen: Festzins z.B. **5,99 %** effektiv, 12 Jahre LZ, Laufzeit 20 Jahre, effektiver Jahreszins **6,49 %**, Beispiel: 30.000 € kosten beim 30-jähr. mtl. 272 € incl. Vers.-Beitrag
Darlehen für Hausbesitzer: 10.000 € ohne Grundbucheintragung, Zinssatz **4,99 %**, effektiv **5,08 %**, Rate 83 €
Fordern Sie Angebote an!
 Vermittelt: **Gutfinanz Kapitalbeschaffung GmbH**
 Kopernikusstraße 15 • 37079 Göttingen
 Fon 05 51 / 9989844 • Fax 9 98 98 30
 info@gutfinanz.de • www.gutfinanz.de

SCHUPPENFLECHTE · NEURODERMITIS
WEISSFLECKENKRANKHEIT
Endlich neue therapeutische Möglichkeiten!
 Gute Heilungschancen durch den **X-TRAC-Excimer-Laser**.
 Die Zulassung für **NRW** jetzt in meiner Praxis. Wir informieren Sie gerne!
 Sprechen Sie uns auch zur Laserbehandlung krankh. **Überbehaarung/Besenreiser** an.
Laserschwerpunktpraxis: Dr. R. Bertlich – Hautarzt – Brassertstr. 66 • 45768 Marl
 Tel.: 0 23 65 / 5 69 03 • Fax: 0 23 65 / 5 70 03 • www.dr-bertlich.com

AUTOKAUF
zu TOP-KONDITIONEN
 ▶ Neuwagen ▶ Jahreswagen
 ▶ Gebrauchtwagen ▶ Fast alle Fabrikate – Enorm günstig!
 ▶ Freizeitmobile
Informieren Sie sich!
 Ihr Ansprechpartner:
 Kollege Thomas Brockhaus
 Internet: www.fahrzeugkauf.com
(0 22 07) 76 77

TOP-Finanzierung für Beamte, Angestellte und Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker
Beamtenkredite mit 0,09 % Zinsen gibt es nicht! www.top-finanz.de
→ Beamten-Darlehen 12 Jahre 5,50% effektiver Jahreszins 5,88%
 und **Spezialdarlehen** mit garantiertem Festzins 20 Jahre 5,99% effektiver Jahreszins 6,57%
Beispiele für 32-jährige Beamtin – 20 Jahre Laufzeit – jew. inklusiv Lebensvers.-Beitrag:
 15 000,- € mtl. 137,43 € 25 000,- € mtl. 227,79 € 40 000,- € mtl. 362,47 €
Sie erhalten kostenfreie TOP-Angebote mit unserem Versprechen: Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl des ges. Darlehensprogramms für jeden Zweck – auch zur Ablöse von teuren Krediten oder Kontoüberziehungen (Sofort-Spezial-Darlehen, LV-Darlehen, Ratenkredite oder Baufinanzierungen).
„Superzins ab 1,95%“ nominal – effektiver Jahreszins ab 2,34% ab Zuteilung eines neuen Bausparvertrages
Andreas Wendholt Kapital- und Anlagevermittlung
 Prälat-Höing-Straße 19 46325 Borken
 TEL.-Nulltarif: 0800-331 0 332
 Telefax: (0 28 62) 36 04
 E-Mail: info@top-finanz.de

„Sicherheit auf Landstr

Fachtagung im LAFP NRW, Bildungszentrum



„In Nordrhein-Westfalen besteht ein erhöhtes Todesrisiko auf Landstraßen!“, so lautete der Kernsatz von Innenminister Dr. Ingo Wolf zu Beginn seiner Einführungrede.

Er wies darauf hin, dass in Nordrhein-Westfalen nahezu 55% aller im Straßenverkehr Getöteten auf Landstraßen ums Leben kommen; etwa ein Fünftel davon sind Motorradfahrer. Bei den Ursachen läge an erster Stelle der Verlust der Kontrolle über das Fahrzeug als Folge nicht angepasster Geschwindigkeit. Auch enge Kurven, schmale Fahrbahnen, eventuell in Kombination mit schlechten Sicht- und Wetterverhältnissen seien große Unfallrisiken. Diese würden ebenso unterschätzt, wie der Einfluss von Bäumen am Straßenrand.

Durch Sanktionieren, Informieren und Überzeugen der Verkehrsteilnehmer könne es gelingen, die Verkehrssicherheit all-

gemein und somit auch auf Landstraßen zu erhöhen.

Dipl.-Geografin Jacqueline Lacroix, DVR:

Den ersten Themenvortrag hielt Jacqueline Lacroix vom Deutschen Verkehrssicherheitsrat e.V. (DVR). Unter dem Leitsatz „Sicherheit auf Landstraßen“ informierte die Diplom-Geografin über Aktionen, Kampagnen und Maßnahmen des DVR. Zwei Kampagnen mit den Titeln „Kein Platz für Kreuze“ (www.kein-platz-fuer-kreuze.de) und „Aktion Sichere Landstraße“ (www.dvr.de/site.aspx?url=html/presse/informationen/767_70.htm) wurden ausführlicher dargestellt.

assen in NRW“

Brühl



Behörden- konzepte

R Andreas Brings, LR Düren:
**Reduzierung der Geschwindigkeit
auf ausgewählten unfallbelasteten
Landstraßen**

In der KPB Düren ereigneten sich 75% aller tödlichen Verkehrsunfälle auf Landstraßen. Die häufigste Unfallursache fällt in die Kategorie „Nicht angepasste Geschwindigkeit“. Die KPB Düren setzt gegen diese Entwicklung auf ein Paket aus Aufklärung, Geschwindigkeitsüberwachung und begleitender Öffentlichkeitsarbeit. Ein gemeinsames Konzept bei der stationären Überwachung mit dem Kreis Düren sowie die Beteiligung an wissenschaftlichen Projekten sind weitere Maßnahmen. Darüber hinaus wurde die Kontrolldichte mittels Lasermessungen auf ausgewählten Strecken erhöht. Folgende Ziele sollen erreicht werden

- Reduzierung der Fahrgeschwindigkeiten auf den ausgewählten Strecken
- Verringerung der „Raserquote“
- Senkung der Zahl von Geschwindigkeitsunfällen mit schweren Folgen

Im Jahr 2005 erhielt die KPB Düren für ihr erfolgreiches Konzept den Landespreis für Innere Sicherheit.

**POR Wolfgang Packmohr – LR Kleve –
Ankommen**

Zunächst stellte POR Wolfgang Packmohr die Verkehrsunfallstatistik des Kreises

Kleve von 1975 bis heute vor. Anschließend leitete er zu den seit 2000 erfassten repressiven Maßnahmen über. Allein im Jahr 2006 wurden 19.068 Maßnahmen im Bereich „Geschwindigkeitsüberwachung mit Anhalten“ getroffen. Darüber hinaus stellte er dar, dass bei der Zahl der stationären Anlagen mittlerweile die landesweit höchste Dichte (alle 25 Kilometer eine Anlage) erreicht wurde. Zum Schluss ging er auf das Projekt „Ankommen“ ein. „Ankommen“ hat die Reduzierung der Durchschnittsgeschwindigkeit auf ausgesuchten Strecken zum Ziel. Diese werden zuvor mittels so genannter „Smartcounter-Messung“ ermittelt. Danach finden kontinuierliche Überwachungsmaßnahmen statt, die mit großen Hinweistafeln angekündigt werden. Diese Tafeln verbleiben auch noch nach den Kontrollen am Ort. Durch den Einsatz von Technik (Smartcounter) lässt sich die Wirkung der Maßnahmen sehr genau überprüfen.

**POR Gerhard Kropp, LR Rhein-Kreis-
Neuss: Plakate und Radiospots in der
Verkehrsprävention**

Das Projekt „Sicher unterwegs auf Landstraßen im Rhein-Kreis Neuss“ soll die Verkehrssicherheitsarbeit und dabei insbesondere die Verkehrsüberwachung ergänzen und begleiten. Das Projektziel, die Verkehrsunfälle auf Landstraßen zu reduzieren, wird über zwei Schwerpunkte erreicht. Zum einen durch Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, zum anderen durch Konzentration der Verkehrsüberwachung auf ausgewählten Strecken.

Infolge von Industrieansiedlungen ergeben sich während der Arbeitswoche zu Hauptverkehrszeiten starke Pendlerströme. Außerdem führt die ländliche Ausprägung mit attraktiven Zielen zu hohem Ausflugsverkehr an den Wochenenden. Es wurden zwei Strecken ausgewählt, auf die beide Kriterien zutreffen. Die Analyse der Unfallzahlen ergab, dass insbesondere das Nichtbeachten der Vorfahrt und die nicht angepasste Geschwindigkeit in der Hauptsache für schwere Verkehrsunfälle verantwortlich waren.

POR Kropp stellte Plakate vor, mit denen auf die Gefahren, die Unfallfolgen und die möglichen Sanktionen hingewiesen wird. Die Plakate werden an den Strecken aufgestellt, an denen intensive Kontrollaktionen stattfinden. Danach spielte er einen Radiospot ein, der im Lokalradio im Rahmen der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit gesendet wird.

**PR Gerhard Wolf, LR Gütersloh:
Projekt Schutzengel**

Auch im Kreis Gütersloh ist der Anteil der jungen Fahrer an den Verunglückten überproportional hoch. Fehlende Fahrpraxis, erhöhte Risikobereitschaft und nicht zuletzt Alkohol- und Drogeneinfluss sind hier wesentliche Faktoren. Die Reduzierung dieser Verkehrsunfälle ist Ziel des Projektes „Schutzengel“. Dieses Projekt basiert auf der Erkenntnis, dass eine Einflussnahme auf emotionaler Ebene innerhalb der „Peer-Group“ weit mehr zur Verhaltensänderung beiträgt, als die klassischen Versuche auf rationaler Ebene.



Im Rahmen des Projekts werden alle 17- bis 21-jährigen jungen Frauen (etwa 23.000) mit der Bitte angeschrieben, sich als „Schutzengel“ zu engagieren. Sie sollen positiv auf ihre männlichen Begleiter einwirken, damit gefährliche Fahrsituationen erst gar nicht entstehen. Für ihr Engagement erhalten die jungen Frauen z. B. Verbilligungen bei Kino- und Konzerteintritt oder günstigere Fahrkarten für den ÖPNV.

(Hinweis der Redaktion: Mehr Informationen zu dem Thema „Schutzengel“ finden Sie in dieser Ausgabe auf den Seiten 16–19.)

PR Björn Brocks, LR Höxter:
Motorradregion Kulturland Kreis Höxter, Verbesserung der Verkehrssicherheit von Motorradfahrern

Mit dem Projekt „Motorradregion – Kulturland Kreis Höxter“ hat die KPB Höxter die Gruppe der Motorradfahrer fest im Blick. Beträgt der Anteil der motorisierten Zweiräder an den Zulassungszahlen nur 7,5%, so liegt der Anteil bei den Verunglückten mit 17,9% und bei den Getöteten mit 44,4% erheblich höher. Mit dem Projekt „FreeSer“ – (Freiheit Sicher erfahren) kombiniert die KPB Höxter präventive und repressive Maßnahmen mit einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit. Im

Rahmen der Prävention werden Motorradaktionstage sowie begleitete Ausfahrten durchgeführt. Gemeinsam mit dem Kreis Höxter wird ein neues „Road-Book“ mit Tipps und Touren herausgegeben. In Verbindung mit den Dauerausstellungen an den Motorradtreffpunkten wird der Kontakt zu den Fahrerkreisen gepflegt. Darüber hinaus wird die Überwachung mittels ProViDa-Krad verstärkt. Schwerpunkteinsätze mit Kräften der Bereitschaftspolizei soll die Anzahl der repressiven Maßnahmen zusätzlich erhöhen.

Die KPB Höxter plant für den 26. April 2008 einen Motorradaktionstag und möchte alle Interessierten dazu herzlich einladen.

LPD Norbert Henrichs, LR Wesel :
Sicheres Motorradfahren am Niederrhein

Das Motorrad und seine Benutzer stehen auch in der KPB Wesel im Mittelpunkt der Verkehrssicherheitsarbeit. LPD Norbert Henrichs stellte die Aktion des LR Wesel „Sicheres Motorradfahren am Niederrhein“ vor. In den vergangenen zehn Jahren wurden 43 Motorradfahrer bei Verkehrsunfällen getötet. Als größte Unfallrisiken konnten enge Kurven, schmale Fahrbahnen und Bäume seitlich der Straße sowie jahreszeitbedingte schlechte Sicht- und Fahrbahnverhältnisse identifiziert werden.





Im Zentrum des Fachkonzeptes „Sicherheit auf Landstraßen“ steht das „Roadbook“. Das Buch wurde von motorradfahrenden Polizisten erstellt und enthält Hinweise zur sicheren Verkehrsteilnahme. Außerdem wurden in Zusammenarbeit mit den Kreisen Borken, Kleve und Wesel attraktive Strecken abgedruckt. Bei den Tourenbeschreibungen wird im Begleittext auf die dortigen Unfallgefahren wie enge Kurven, Ortsdurchfahrten, landwirtschaftlicher Verkehr u. v. m. hingewiesen. Auch das Internet wird genutzt. Auf einer Homepage für Biker haben diese die Möglichkeit, zu den Strecken des Roadbooks Vorschläge und Hinweise einzubringen. Diese werden geprüft und sollen später zu einem für alle nutzbaren „Sicherheitsatlas“ führen. Durch die eigene Mitwirkung sollen Sicherheitsdenken und Sicherheitsbewusstsein beim Motorradfahren gestärkt werden. Auch die klassischen Medien wie Streckenschilder und Flyer werden in der KPB Wesel eingesetzt. Daneben bleibt die konsequente Ahndung von Verkehrsverstößen wichtiger Baustein für die Veränderung von Einstellung und Verhalten. So wurden mittels ProViDa-Überwachung innerhalb von fünf Jahren mehr als 10.600 Straf- und Ordnungswidrigkeitsanzeigen gefertigt. Darüber hinaus wurden 2.073 Fahrverbote verhängt.



**Vortrag Prof. Dr. Egon Stephan,
Universität zu Köln: Sicherheit auf
Landstraßen in NRW**

„Aus einer anderen Richtung“ betrachtete Professor Dr. Egon Stephan, Soziologe von der Universität zu Köln, das Fehlverhalten im Straßenverkehr. Um die Optimierung der Polizeikontrollen geht es im Projekt „Psychologisch optimierte Kontrollen“ (PopKo) des Psychologischen Institutes der Uni Köln. Danach dauert es etwa neun Monate, bis neue Verhaltensweisen als Gewohnheit übernommen werden.

LPD Blindenbacher, IM NRW

Am späten Nachmittag bedankte sich LPD Wolfgang Blindenbacher bei allen Vortragenden. Er erinnerte noch einmal daran, dass bei Verkehrsverstößen konsequent eingeschritten werden muss. Würden Verstöße ignoriert, käme dies einer scheinbaren Legalisierung gleich. Ebenso wichtig sei das didaktische Gespräch mit den Betroffenen. In diesem Zusammenhang verwies Wolfgang Blindenbacher auf den Einsatz der „Schockvideos“ in Kombination mit der direkten Ahndung der festgestellten Verkehrsverstöße.

Verkehrserziehung mit „himmlischer“ „Schutzengel“, ein Präventionsprojekt

Ein interessantes Projekt dieser Art ist das „Schutzengel“-Projekt aus Niedersachsen aus dem Jahr 2004, das nunmehr auch in der KPB Gütersloh umgesetzt wird.



Besonders junge Männer sind zu Beginn ihrer „Fahrerkarriere“ überproportional häufig in Verkehrsunfälle mit schwersten Folgen verwickelt. Überhöhte Geschwindigkeit und Alkoholgenuss des Fahrers

sind oftmals für diese Unfälle mitverantwortlich. Diese Situation ist in ländlichen Regionen besonders stark ausgeprägt, da die jungen Menschen nahezu gezwungen sind, im Rahmen ihrer Frei-

zeitgestaltung lange Strecken zurückzulegen. Aus diesem Grund gibt es viele Präventionsprojekte, wie z. B.: „Begleitetes Fahren ab 17“, „Probeführerschein“ und „Null Promille für Fahranfänger“

Unterstützung?

für die Zielgruppe „Junge Fahrer“



etc., die speziell auf diese Zielgruppe in ländlichen Bereichen ausgerichtet sind.

Ein neues Projekt dieser Art ist das „Schutzengel“-Projekt. Junge Frauen wer-

den darauf vorbereitet, direkt auf die „besonders unfallgefährdeten“ jungen Männer einzuwirken, damit z. B. gefährliche Fahr-situationen entschärft oder Fahrten unter Alkohol erst gar nicht begonnen werden.

Dieser Ansatz, junge Frauen einzubinden, hat Vorteile:

- Erstens handelt es sich nicht um einen belehrenden Vortrag von zumeist elterlichen „Autoritäten“, die in dieser Lebensphase eher abgelehnt werden.
- Zweitens erfolgt die Intervention in der konkreten gefahrensträchtigen Situation mit der vom jungen Fahrer verstandenen Ansprache, weil sie von Gleichaltrigen vorgenommen wird.
- Drittens handelt es sich häufig um die Freundinnen der jungen Männer, so dass deren Wünsche für die Zielgruppe ein besonderes Gewicht haben.

Evaluationen/Erfahrungen

Wie ist dieses Modell angekommen? Dieser Frage ging eine Untersuchung der niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege im Jahr 2004 nach. Sechs Monate nach dem Start der Kampagne wurden 1.080 junge Frauen im Landkreis Soltau-Fallingb. zu ihren ersten Erfahrungen befragt. Diese Zahl junger Frauen entspricht 14 % aller durch ein Schreiben des Landrates offiziell ernannten „Schutzengel.“ Das Alter lag bei über 75 % der befragten Frauen bei 16 bis 19 Jahren. 37 % der befragten Frauen gaben an, in diesem Zeitraum bereits einmal als Schutzengel tätig geworden zu sein. Die jungen Frauen aus dem Landkreis Soltau-Fallingb. wirkten also tatsächlich auf ihre männlichen Begleiter ein. Abso-

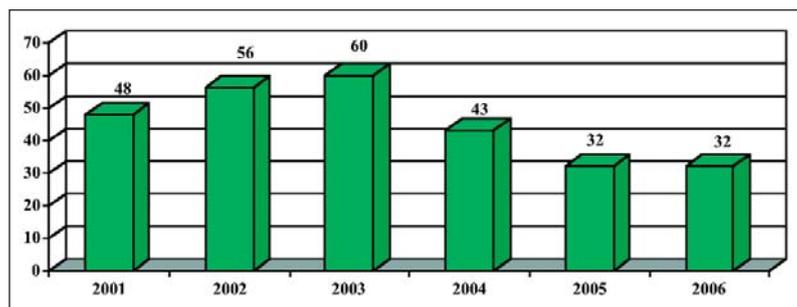
lut gesehen sind die „Schutzengel“ 401-mal, allein in über 300 Fällen zur Verhinderung von Trunkenheitsfahrten, tätig geworden.

Von den 401 Interventionen waren 67 % sehr erfolgreich und 24 % „ein bisschen“ erfolgreich. Lediglich in 33 Fällen = (8 %) wurde keinerlei Verhaltensänderung erzielt. Insgesamt gelang es den „Schutzengeln“ bei den 401 Interventionen, dass in 266 Fällen die Fahrt mit dem Kfz. nicht durchgeführt wurde.

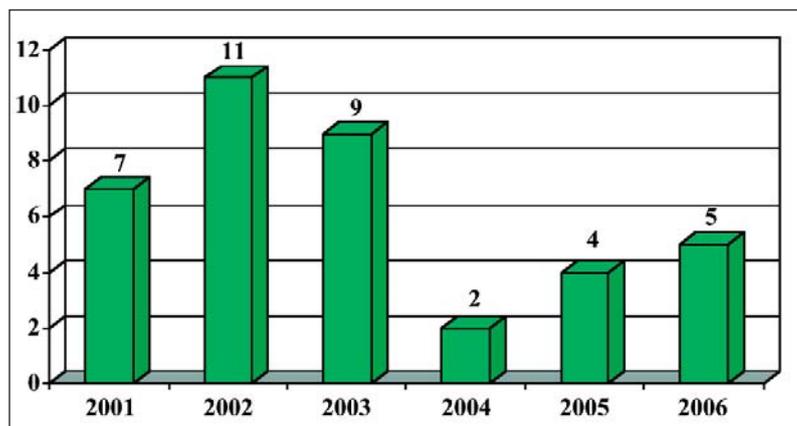
Methodisch kritisch anzumerken ist, dass es keine Befragung einer Vergleichsgruppe junger Frauen gab, die nicht zu „Schutzengel“ ernannt worden waren. Denn es kann davon ausgegangen werden, dass es auch Frauen gibt, die grundsätzlich auf alkoholisierte Fahrer einwirken. Der hohe Interventionswert der „Schutzengel“ wird von einer anderen im Mai 1998 in Dänemark durchgeführten Befragung bestätigt, bei der von 260 befragten Frauen 41 % angaben, bereits als Schutzengel „gearbeitet“ zu haben.

Verkehrsunfallstatistik – alle aufgeführten Statistiken stammen von der PI Soltau-Fallingbostal:

Anzahl der Schwerverletzten 18- bis 24-Jährigen im Landkreis und der Polizeiinspektion Soltau-Fallingbostal (Start des Schutzengel-Projektes Januar 2004):



Anzahl der Getöteten 18- bis 24-Jährigen im Landkreis und der Polizeiinspektion Soltau-Fallingbostal (Start des Schutzengel-Projektes Januar 2004):



Es ist deutlich erkennbar, dass mit dem Jahr 2004 eine erkennbare Absenkung zu verzeichnen ist. Auch das Ergebnis aus Dänemark, wo 1996 die erste „Schutzengelaktion“ startete, verzeichnete im ersten Jahr Wirkung: „Während es in früheren Jahren noch 42 Unfälle im Sommer gab, die von betrunkenen jungen Leuten unter 21 Jahren ver-

ursacht wurden, so waren es im Jahr 1996 nur noch 13.“

Die Unfallzahlen für junge Fahrer sind in der Bundesrepublik tendenziell rückläufig, sodass die absoluten Zahlen nur bedingt aussagekräftig sind. Aus diesem Grunde wurden die Ergebnisse der Polizeiinspektion Soltau-Fallingbostal in Bezug zur Polizeidirektion Lüneburg und zum Land Niedersachsen gesetzt:

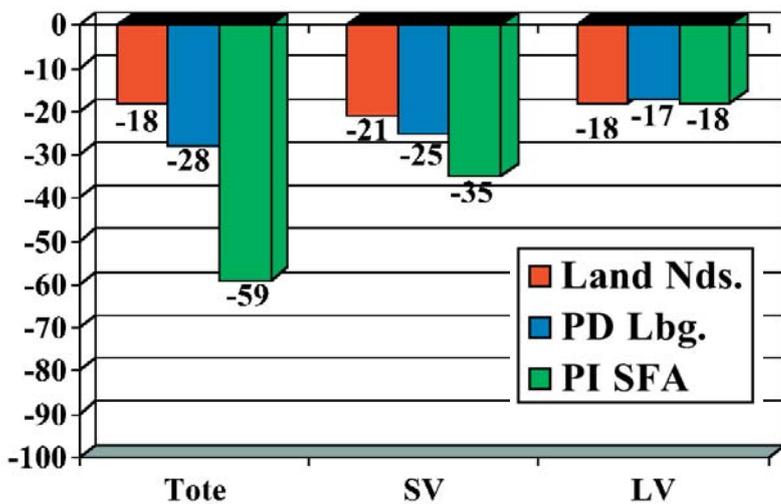
Hier wurden ebenfalls drei Jahre als Zeitraum zusammengefasst, um aufgrund der geringen Fallzahlen in der Polizeiinspektion zu einer aussagekräftigeren Datenbasis zu gelangen.

Bei der Auswertung dieser Daten wurde festgestellt, dass der Rückgang bei den Toten und Schwerverletzten aller Altersgruppen im Vergleich zwischen Land, Polizeidirektion und Polizeiinspektion geringfügiger bzw. unbedeutend ist.

Folglich ist keine allgemein rückläufige Tendenz in diesem Gebiet festzustellen. Diese Tendenz bleibt nur auf die Zielgruppe „Junger Fahrer“ beschränkt, möglicherweise verursacht durch das Projekt „Schutzengel“.

Was bedeutet denn nun Projekt „Schutzengel“ und wie kann man es übernehmen?

Zunächst wurden jungen Frauen vom Landkreis angeschrieben und die Interessierten zu „Schutzengeln“, ernannt. Die „Schutzengel“ erhielten in einen „Schutzengelpass“, der als eine Art Legitimation gegenüber dem jungen Fahrer dienen sollte. Er beinhaltete zeitgleich einige finanzielle Vergünstigungen für die jungen Frauen. Im Rahmen der Projektplanung wurden 45 Sponsoren gefunden, die bei Vorlage des „Schutzengelpasses“ Rabatte einräumten (aktuell sind es mehr als 100 Sponsoren). Durch die Befragung der FH-Studierenden wurde ermittelt, dass von



Vergleich Land, PD, PI SFA 2001–2003 zu 2004–2006 in Prozent (nur 18 bis 24-Jährige)

den antwortenden jungen Frauen 90 % von außen angesprochen werden mussten. Die „Schutzengelausweise“ wurden im Verlauf des Projektes über die gesamte Bandbreite, d. h. „häufig“ bis „selten“, von den jungen Frauen eingesetzt.

Auffällig ist, dass es keine Befragung junger Männer gibt. Aufgrund der hohen Akzeptanz der „engelhaften“ Interventionen dürfte von einer hohen Akzeptanz unter den jungen Männern auszugehen sein. Dies bestätigt eine Telefonumfrage aus dem Mai 1998 in Dänemark, in der 258 befragte Männer zwischen 17 bis 19 Jahren 88 % die „Schutzengelidee“ gut fanden.

Begleitet wird das Projekt durch intensive Öffentlichkeitsarbeit seitens der Polizei und der Verwaltungen. Aufsehen erregende Unfälle, Zeitungsartikel, neue Sponsoren, Erlebnisberichte, zusätzliche Qualifikationen (Erste-Hilfe-Kurse für

Schutzengel) etc., aber auch professionelle „Werbespots“ mit bekannten Persönlichkeiten, werden eingesetzt.

Im Landkreis Soltau-Fallingb. werden 15.000 bis 18.000 Euro jährlich in dieses Projekt investiert, teilweise kommt das Geld aus Spenden, zum anderen Teil werden dem „Schutzengelprojekt“ circa 10.000 Euro aus Verkehrsüberwachungsmaßnahmen zugewiesen. Höhepunkt ist die jährlich stattfindende „Schutzengelparty“ (natürlich alkoholfrei).

Ausblick/Partner

Dieses Projekt hat viele Nachahmer gefunden, im Juli 2007 startete Bremerhaven. „Schutzengel“ sind seit 2006 auch im Landkreis Emsland, der Grafschaft Bentheim sowie in den angrenzenden Bereichen Hollands (Provinz Twente) und seit Beginn 2007 auch in den Landkrei-

sen Cloppenburg und Vechta sowie im Altmarkkreis Salzwedel im Einsatz.

Eine Ausweitung auf die Verhinderung von allgemeinen Straftaten, insbesondere Gewalttaten, beginnt das PP Osthessen (Landkreise Fulda, Hersfeld-Rotenburg und Vogelsberg) umzusetzen. Dort sollen die jungen Frauen nach Beschulung (1-tägig, 8 Zeitstunden) in der Gewaltprävention vor Ort in entsprechenden Situationen emotional auf ihre männliche Begleiter einwirken, um diese von Straftaten abzuhalten. Als Zeichen der Teilnahme an der gewaltpräventiven Schulung wird der Teilnehmerin der „Schutzengel-Premium-Pass“ ausgegeben, der weitgehende Vergünstigungen gewährt. Ein sehr Erfolg versprechender Ansatz über den hoffentlich bald erste Ergebnisse vorliegen werden.

Weitergehende Infos sind aus dem Netz abzurufen. Die „Schutzengelgemeinschaft“ wächst ...

- www.schutzengel-pass.de
- www.schutzengelprojekt.de
- www.aktion-schutzengel.de
- www.schutzengel-bremerhaven.de
- www.altmarkkreis-salzwedel.de
- www.ichbindeinSchutzengel.de
- ... seit kurzem auch in NRW
- www.polizei.nrw.de/guetersloh
- www.kreis-guetersloh.de

Guido Baumgardt, FHÖV NRW, Köln

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
35-jährige Beratungskompetenz Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter Vorberatung wählbar alles kostenfrei
DSB BANK Neu: Info: www.ak-finanz.de
und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamtendarlehen einfach, fair, schnell. Lfz. 12 J., 14 J. oder 20 J., auch an Angestellte ab 5 Jahre ö.D.
 *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag, Supergünstige Hypotheken, hohes Sondertilgungsrecht.
 Beleihung bis 120%. Policendarlehen 4,65%, anfänglicher effektiver Jahreszins ab 4,99%.
www.ak-finanz.de AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen **Tel. 0800/1000 500**
Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de Gebührenfrei

Neue NRW-Polizeiuniform im Trageversuch

1.400 Polizeibeamtinnen und -beamte testen die neue, blaue Uniform in Bielefeld, Krefeld und Mettmann



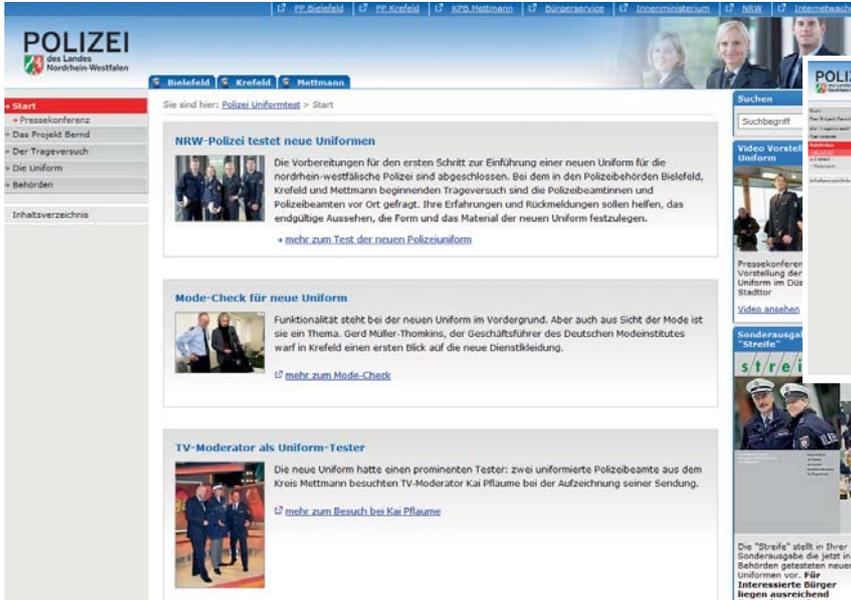
Am 3. Dezember 2007 startete der rund 10 Monate dauernde Trageversuch der neuen blauen Uniform in den Polizeibehörden Bielefeld, Krefeld und Mettmann. „Diese Uniform ist eine modern geschnittene Funktionskleidung, die den Anforderungen des täglichen Dienstes standhält und die Arbeit der Polizisten optimal unterstützt“, sagte Innenminister Dr. Wolf bei der offiziellen Vorstellung in der Düsseldorfer Staatskanzlei.

Tragekomfort, Sicherheit und Arbeitsschutz standen bei der Entwicklung der

neuen Uniform im Vordergrund. Es werden moderne Stoffe verwendet, die atmungsaktiv, abrieb- und reißfest sind. Experten aus der Textilbranche und der Polizei (Projekt „BernD“) haben das neue Uniform-Konzept entwickelt. Es beinhaltet eine Bürodienstuniform und eine speziell für die Bedürfnisse des Wachdienstes konzipierte Dienstkleidung, damit die unterschiedlichen Erfordernisse des Polizeidienstes berücksichtigt werden. Die Uniform darf nicht behindern, sondern sie muss wie eine zweite Haut die Arbeit optimal unterstützen.



www.polizei.nrw.de/uniformtest



Homepage
Bielefeld



Homepage
Krefeld



Homepage
Mettmann



Die neue Uniform soll die jetzige Kleidung ablösen, die aus den 70er Jahren stammt. Einige Bundesländer haben sich in jüngster Zeit für die Farbe Blau entschieden, die in Europa am meisten getragen wird. Das spricht auch in Nordrhein-Westfalen für eine blaue Polizeiuniform. Wichtig ist aber, dass die Bürger ihre Polizei auch in der neuen Uniform erkennen. Die Polizeibeamtinnen und -beamten müssen sich von anderen Uniformträgern unterscheiden. Deshalb wurde ein besonderer Wert auf ein entsprechend erkennbares Design gelegt. Nach Abschluss der über drei Jahreszeiten (Winter, Frühling, Sommer) andauernden Testphase wird über eventuelle

Änderungen und die endgültige Farbe der neuen Kleidung entschieden. Dazu werden die Anregungen und Ideen aller Beteiligten 1.400 Polizeibeamtinnen und -beamten ausgewertet. Ihre Meinung ist besonders wichtig, denn sie sollen später die Uniform tragen. Die Anschaffung der rund 30.000 neuen Uniformen in den kommenden Jahren erfolgt, ohne dass zusätzliches Finanzmittel benötigt wird. Zum Start des Trageversuchs hat die Redaktion „Streife“ eine Sonderausgabe herausgegeben, in der die Uniform und ihre Funktionen im Detail vorgestellt werden. Die Sonderausgabe ist auf der Internetseite www1.polizei-nrw.de/uniformtest zum Download bereitgestellt.



Die Sonderausgabe der „Streife“ zum Trageversuch finden Sie unter www.polizei.nrw.de/uniformtest



Auf dieser Internetseite finden Sie aktuelle Informationen und Hintergründe zum Trageversuch. Außerdem stellen dort die drei „Trageversuchsbehörden“ eigene Artikel zu Aktionen und Erfahrungen ein.

PolizeiAachen

sicher in der Euregio.

Trinationales Treffen der Polizeien in der Euregio Maas-Rhein



Auf Initiative des Facharbeitskreises Einsatz/Verkehr der NeBeDeAgPol (Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Polizeibehörden in der Euregio Maas-Rhein) fand Ende November 2007 im Technologiepark in Herzogenrath eine erste gemeinsame trinationale Dienstbesprechung von polizeilichen Führungskräften statt.

Polizeipräsident Klaus Oelze begrüßte neben der Kreispolizeibehörde Düren mehr als 50 Teilnehmer, insbesondere aus den niederländischen Polizeidistrikten Sittard, Heerlen und Kerkrade sowie aus den belgischen Polizeizonen Weser-Göhl, Pays de Herve, Basse-Meuse, Eifel, Maasmehelen und der föderalen Polizei Eupen. Themen waren der „Demografische Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft und die Herausforderungen für die Arbeit der Po-

lizei“ sowie die gesetzlichen Grundlagen des „Deutsch-Niederländischen Polizei- und Justizvertrages“ und des neuen „Prümer Vertrages“, mit besonderem Blick auf das Verhältnis Deutschlands zu Belgien. Hierbei wurden Möglichkeiten einer Weiterentwicklung der gemeinsamen polizeilichen Zusammenarbeit erörtert.

Durch die Fortführung und Neugestaltung gemeinsamer Streifenfahrten, Kontrollstellen, grenzüberschreitender Einsatzübernahmen und des verbesserten Informationsaustauschs sollen die polizeilichen Ressourcen noch effizienter eingesetzt werden können.

Mit dieser Kernbotschaft endete das trinationale Treffen und war ein weiterer Baustein in der Weiterentwicklung der polizeilichen Zusammenarbeit in der Euregio Maas-Rhein

Achim Sube, PP Aachen

Empfang Bundeska

Kurz vor Weihnachten lud Bundeskanzlerin Angela Merkel rund 60 Familienangehörige von Polizisten und Soldaten, die sich in Auslandseinsätzen befinden, zu einer Adventsfeier nach Berlin ins Bundeskanzleramt ein.

In ihrer Ansprache bedankte sie sich auch bei den Kindern, Ehefrauen, Ehemännern, Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern aus Nordrhein-Westfalen: „Vielen Menschen in Deutschland ist nicht bewusst, wie bedeutend der Dienst von Soldaten und Polizisten im Ausland ist. Mit ihrer Arbeit prägten sie in entscheidender Weise das Bild von Deutschland in den Einsatzgebieten. Sie haben Ihren Anteil dar-



Urlaub und Reisen

Trauminsel Mauritius

für Kollegen, kleine familiäre Appartement- und Bungalowanlage direkt am Strand. Infos unter www.mauritius-traumvilla.de
Tel. 0 21 58 / 40 08 05, Fax 0 21 58 / 40 46 71
Ab € 32 pro Person/Tag/inkl. Halbpension

im nzieramt

an, dass die Polizisten und Soldaten einen qualifizierten Dienst leisten können. Mit Ihrer Solidarität sind Sie die Garanten für den Erfolg der Einsätze“, sagte die Bundeskanzlerin in ihrer Ansprache, bei der auch Verteidigungsminister Jung und Generalinspekteur der Bundeswehr Schneiderhan anwesend waren. Die Bundeskanzlerin bedankte sich mit der mittlerweile traditionellen Einladung stellvertretend für den Rückhalt, den die Familien in Deutschland ihren Männern und Frauen im Auslandseinsatz gewähren. Sie machte auch deutlich, wie belastbar sich die Familien zeigen müssten, denn „Trennung ist Trennung“.



„ESDP Train-the-Trainer Course“ beim LAFP NRW



Auf Einladung des EU-Planungsteams für das Kosovo (EUPT) trafen sich 96 Teilnehmer u.a. aus den EU-Mitgliedstaaten in Pristina (Kosovo). Ziel der Konferenz war die Beratung und Diskussion über mögliche Vorbereitungs- trainings für Polizistinnen und Polizisten des avisierten EU-Polizeieinsatzes (EUPM) im Kosovo.

Gemeinsam mit dem schwedischen Trainingsverantwortlichen Chief Superintendent Stig Mansson stellten Kriminalober- rat Mainz und Kriminalhauptkommissar Pennartz den Teilnehmern ihr Trainings- konzept vor. Dieses Konzept war auf Grundlage der EUPT (European Planning Team) – Vorgaben unter Mithilfe des LAFP NRW erstellt worden. Im Anschluss an die verschiedenen Präsentationen ent- schieden sich die Konferenzteilnehmer für das deutsch –schwedische Konzept. Ein wesentlicher Baustein dieses Kon- zep- tes ist die internationale Kooperation bei der Lehrgangsdurchführung. Der lang- jährige Kontakt zu Mitarbeitern der „Swedish National Police Academy“, der sich bereits bei der engen Zusammenar-

beit anlässlich des „1. CEPOL Police Com- mander Course“ (November 2001 in Es- sen) bewährt hatte, führte zu dem Ent- schluss, den Lehrgang in schwe- disch/deutscher Kooperation zu planen. Ab dem Anfang Dezember 2007 trafen schließlich im Bildungszentrum Brühl 31 Polizeitrainer aus 15 EU-Mitgliedstaaten ein. Sie wurden im „ESDP Train-the- Trainer Course“ darauf vorbereitet, in ihren Heimatländern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der zukünftigen EU-Mis- sion im Kosovo auszubilden.

Tom Litges, LAFP NRW



Bauernhof/Nähe St. P. Ording
Kühe, Kälber, Schafe, Pferde, Pony, Reiten möglich.
Ruhige, idyll. Lage zur Nordsee (800 m).
Gemütl. FeWo für 2–6 Pers. od. Gruppen.
Frühstück m. Panoramabl., Sauna, Hausprospekt!
Tel. 0 48 62/85 41, Fax 10 30 84
www.rickerits.de, rickerits@t-online.de

Landespreis Innere Sich

Ordnungspartnerschaften in Gelsenkirchen,



„Das Konzept von Partnerschaft, Präsenz und Prävention hat sich bewährt. Neben Initiativen, die die Sicherheit in Bahnen und auf Bahnhöfen verbessern, gibt es viele weitere, die Straftaten und Verkehrsunfällen vorbeugen“, sagte Innenminister Dr. Ingo Wolf anlässlich der Verleihung des Landespreises für Innere Sicherheit in Mönchengladbach. Bereits zum fünften Mal werden ausgewählte Ordnungspartnerschaften mit diesem Preis für ihr besonderes Engagement ausgezeichnet. Preisträger 2007 sind Projekte aus Gelsenkirchen, Hilden und Krefeld.

Unter dem Motto ‚Netzwerke für öffentliche Sicherheit und Ordnung‘ regt der Landespreis die Entwicklung neuer Ordnungspartnerschaften an und sorgt für mehr Schutz und Sicherheit für die Menschen in unserem Land. Die Ordnungspartnerschaften der drei Preisträger:

„PräGe“ – Präventionsrat Gelsenkirchen

Durch mehr Präsenz von Sicherheits- und Aufsichtskräften gehen die Zahlen von Gewalttaten und Vandalismus im Öffentlichen Personenverkehr (ÖPV) zurück, der Verfolgungsdruck auf die Täter wird erhöht. Insgesamt gingen die Straftaten im ÖPV um rund 18% zurück, an dem Stadtbahnhaltepunkt ‚Trinenkamp‘ im Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck gab es sogar einen Rückgang von Sachbeschädigungen um bis zu 60%. Eine scheckkartengroße „Helferkarte“ wirbt für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger und benennt wichtige Ansprechpartner und Telefonnummern für den Notfall. An der Ordnungspartnerschaft „PräGe – Sicherheit im ÖPV“ beteiligen sich der Präventionsrat, die Stadt und das Polizeipräsidium Gelsenkirchen, die Bundespolizei, die Verkehrsbetriebe sowie die Staatsanwaltschaft Essen.



Weiter Informationen zum Thema Landespreis Innere Sicherheit und zum Thema Ordnungspartnerschaften finden Sie unter www.polizei.nrw.de. Dort ist auch die Informationsbroschüre „Landespreis für Innere Sicherheit 2007“ zum Download bzw. zur kostenlosen Bestellung eingestellt.

erheit 2007



Hilden und Krefeld erhalten Auszeichnungen

ASS! Hilden – „Aktionsbündnis Senioren-Sicherheit“

Die Ordnungspartnerschaft „ASS! Hilden – Aktionsbündnis Senioren-Sicherheit“ hilft älteren Menschen, Trickdiebe zu durchschauen. Sowohl der „Enkel-Trick“ als auch der „Glas-Wasser-Trick“ sind beliebte Maschen, um Hab und Gut älterer Menschen zu ergaunern. Die Senioren lernen sich wirksam zu schützen. Elf Seniorinnen und Senioren wurden qualifiziert und zu „Sicherheitspartnern“ ernannt. Das Projekt gründeten die Polizei Mettmann und die Stadt Hilden gemeinsam mit zahlreichen Partnern, wie dem Arbeitskreis Seniorenbegegnung in Hilden.

Initiative Krefelder Fairkehr – „Unsere Fairantwortung für Kinder im Krefelder Fairkehr“

Freddy Fair, die Leitfigur dieser Ordnungspartnerschaft, ist aus dem „Krefelder Fairkehr“ nicht mehr wegzudenken. Durch Radarkontrollen, bauliche Maßnahmen, Werbekampagnen und Verkehrserziehung erzielt die Initiative „Krefelder Fairkehr“ innerhalb eines Jahres einen Rückgang um 18 % bei den Unfällen mit Kindern auf der Straße. Mit 107 Kinderunfällen im Jahr 2006 registrierten die Verkehrsexperten 24 weniger als 2005. Seit 1999 ist die Zahl der Kinderunfälle sogar um 42 % gesunken. In der Initiative „Krefelder Fairkehr“ arbeiten die Polizei, die Stadt, die Verkehrswacht, die Universität Bochum sowie Schulen und eine Vielzahl weiterer Kooperationspartner (Vereine, Verbände, Unternehmen) in Krefeld zusammen.



Initiative Krefelder
Fairkehr – „Unsere
Fairantwortung für
Kinder im Krefelder
Fairkehr“



ASS! Hilden –
„Aktionsbündnis
Senioren-Sicherheit“



Die Ordnungspartnerschaft
„PräGe“ –
Präventionsrat
Gelsenkirchen



Innenminister eröffnet die neue Polizeiwache in Lünen

Am 11. Januar 2008 wurde im Rahmen einer Feierstunde die neue Lünener Polizeiwache (PP Dortmund) durch Innenminister Dr. Ingo Wolf und von Inspekteur Dieter Wehe seiner Bestimmung übergeben. In seiner Festrede brachte

Dr. Wolf seine Freude darüber zum Ausdruck, dass das neue Gebäude für die 116 Polizeibeschäftigten auf 1.970 m² Fläche die wirtschaftlichste und vernünftigste Lösung darstellt und architektonisch gelungen sei. „Es ist schon eine große Freude, dass das Land in Lünen zeigen kann, wie entschlossen es ist, die Arbeitsmöglichkeiten

der Polizei entscheidend zu verbessern“, so Dr. Wolf weiter.

Zuvor hatte Hubertus Scharlau vom Lünener Bauverein in seiner Rede bereits hervorgehoben, dass es in kurzer Bauzeit gelungen sei, der Polizei dieses neue Gebäude zu errichten. Mit dieser Auffassung stand er nicht alleine. Alle Redner lobten die gute Zusammenarbeit der Vertragspartner und die schnelle Fertigstellung des Gebäudes.

Auch Hans Schulze, Dortmunder Polizeipräsident, zeigte sich von dem neuen Gebäude sehr angetan. „Es besticht durch seine Funktionalität und durch die gute Arbeitsatmosphäre. Es ist gegenüber den

bisherigen Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen ein Quantensprung“, so Hans Schulze. „Es passt zu der seit dem 1. Januar 2008 gewachsenen Bedeutung der neu gegliederten Polizeiinspektion 3, zu der neben Lünen und Lünen-Brambauer auch die Dortmunder Stadtteile Körne, Aplerbeck, Asseln und Scharnhorst gehören.“



Lünens Bürgermeister Hans Wilhelm Stodolick machte in seiner Rede deutlich, dass er sich auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit der Polizei NRW freut und wie sehr er die Entscheidung begrüßt, dass Lünen Sitz der Inspektion 3 geblieben ist.

Als besonderes Geschenk nahm Polizeirat Thomas Volkmann, stellvertretender Inspektionsleiter, aus den Händen des Innenministers ein 1-Cent-Stück entgegen, das dieser im April 2007 beim Richtfest auf dem Baustellengelände gefunden hatte. Es wurde zwischenzeitlich vom Lünener Bauverein zusammen mit einer Uhr zu einem Präsent verarbeitet und soll nun als Glücksbringer auf der Wache einen würdigen Platz finden.

*Manfred Radecke, PP Dortmund –
Pressestelle*



Neue gemeinsame „Citywache“ von Polizei und Ordnungsamt in Duisburg

Etwa 500 Bürger fanden sich am 19. Januar 2008 vor dem Averdunk-Centrum in der Duisburger Innenstadt ein. Dort wurde die neue „Citywache“ von Innenminister Dr. Ingo Wolf, Polizei-präsident Rolf Cebin und Oberbürgermeister Adolf Sauerland eröffnet. Der innerstädtische Strukturwandel, hervorgerufen durch den Neubau des City Palais und eines großen Einkaufszentrums mit einer deutlichen Zunahme von Passanten und Besucherströmen im Bereich der Fußgängerzone „Königstraße“ hatte eine Verlagerung der bisherigen am Rande der Innenstadt liegenden Polizeiwache notwendig gemacht.

Mit der neuen Wache wird die gute Zusammenarbeit zwischen der Polizei und dem Außendienst des Ordnungsamtes durch eine gemeinsame Unterbringung in zentraler Lage – und darüber hinaus in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof – verbessert. Im Rahmen der jeweiligen gesetzlichen Befugnisse arbeiten Stadt und Polizei gemeinsam an der Verbesserung der objektiven Sicherheitslage, verhindern und verfolgen (Ordnungs-)Störungen konsequent und steigern durch erhöhte uniformierte Präsenz das Sicherheitsgefühl und damit die Lebensqualität in der Duisburger Innenstadt.

Von der Idee bis zur Verwirklichung war auch die gemeinsame Projektarbeit von konstruktiver und kollegialer Zusammenarbeit geprägt. Leider wurde diese bei der offiziellen Eröffnung vom „Wettergott“ nicht entsprechend gewürdigt, sodass der Innenminister bei Dauerregen die in dieser Art in Nordrhein-Westfalen einzigartige neue Wache ihrer Bestimmung übergeben musste.

„Diese Wache hat in Nordrhein-Westfalen Pilotfunktion“, sagte NRW-Innenminister Dr. Ingo Wolf. In anderen Städten gäbe es zwar schon gemeinsame Streifen, aber noch keine gemeinsame Wache in dieser Form. „Allerdings wird diese Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen immer aktueller“, so der Minister. Seit dem 19. Januar 2007 können sich die Bürgerinnen und Bürger bei allen Fragen und Problemen zur

öffentlichen Sicherheit und Ordnung an die Mitarbeiter des Ordnungsamtes und der Polizei in der gemeinsamen Wache wenden, die montags bis freitags in der Zeit von 8 bis 22 Uhr und samstags in der Zeit von 10 bis 19 Uhr sowie zusätzlich bei allen innerstädtischen Veranstaltungen außerhalb dieser Zeiten geöffnet ist.

*Michael Wieseler, PP Duisburg –
Leitungsstab*



Ergänzt wurde die Eröffnung durch ein kleines Programm. Shanty-Chor der Wasserschutzpolizei, Vorführungen der Diensthundführerstaffel, Ausstellung von Dienstkraftfahrzeugen, Fotos auf Polizeimotorrädern, Buttons und eine Tombola mit attraktiven Preisen zu – Gunsten der Kinderkrebeklinik sorgten für zusätzliche Unterhaltung.

Deutscher Verkehr

Elektronische Systeme verbessern die

Fehleinschätzungen, Unachtsamkeit oder menschliches Versagen sind die Hauptursachen für über 90% der Unfälle im Straßenverkehr. Fahrerassistenzsysteme können einen wesentlichen Beitrag zur Unfallprävention und Minderung von Unfallfolgen leisten, da sie Gefahrensituationen frühzeitig erkennen, rechtzeitig Warnungen an den Fahrer ausgeben und gegebenenfalls selbst aktiv werden.

Jeden Tag sterben auf nordrhein-westfälischen Straßen durchschnittlich zwei Menschen – über 200 Menschen werden bei Unfällen verletzt, 20% von ihnen schwer. Dennoch könnte sich der langjährige Trend zu immer weniger Ver-

kehrstoten fortsetzen. Um effektive Maßnahmen zur weiteren Reduzierung von Verkehrsunfällen ergreifen zu können, ist es mehr denn je notwendig, die genauen Ursachen der Unfälle zu kennen.

Ein Auto hat keine Schrecksekunde

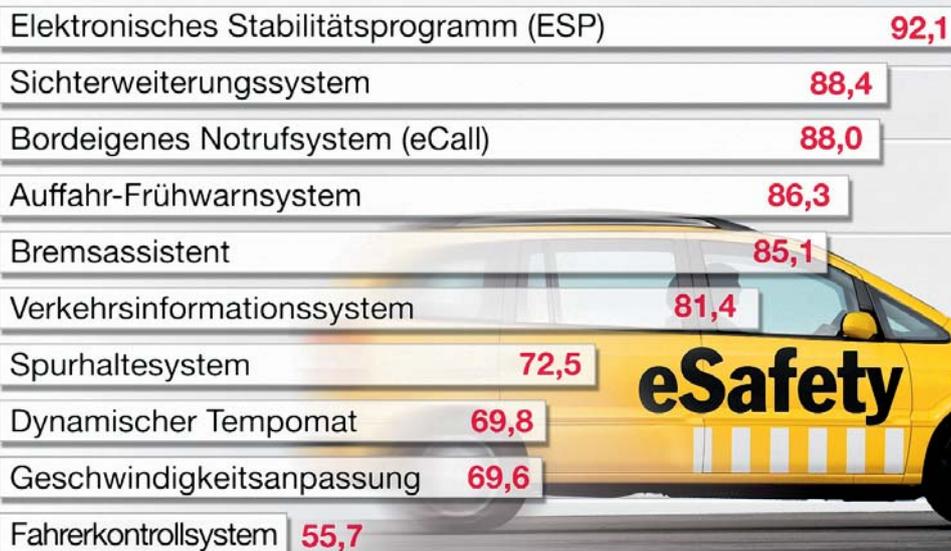
Der heutige Straßenverkehr stellt hohe Anforderungen an die Fahrerin bzw. den Fahrer. Die in rasch wechselnden Situationen einströmenden Informationen und die Notwendigkeit adäquater Reaktionen führen häufig zu Überforderung sowie Fehlhandlungen und in deren Folge teilweise zu schweren Verkehrsunfällen. Zwar herrscht an Maßnahmen und Konzepten zur Unfallreduktion kein Mangel. Sie reichen von der

Verkehrserziehung im Kindergarten über die Verfolgung von Verkehrsverstößen bis zur technischen Entschärfung von Unfallbrennpunkten. Doch nicht alle Maßnahmen sind gleich erfolgreich.

So konnten in den vergangenen Jahren z. B. durch neue Technologien der „passiven“ Sicherheit schon viele Menschen vor schwersten Unfallfolgen bewahrt bleiben. Doch das Schutzz Potenzial passiver Sicherheitssysteme wie Gurt und Airbag lässt mittlerweile kaum noch zusätzliche Verbesserungen erwarten. Überdies entfalten passive Systeme ihre Schutzwirkung erst dann, wenn ein Unfall bereits passiert ist. Um Unfälle gar nicht erst eintreten zu lassen, rückt gegenwärtig, unterstützt durch die Europäische Union,

EuroTest eSafety-Umfrage: Die Top Ten der Deutschen

Elektronische Wunsch-Systeme für das eigene Auto in %



Top Ten 2007
der elektronischen
Sicherheitssysteme.
(Infografik: ADAC)

ADAC Infogramm

rsxpertentag 2007

Sicherheit auf der Straße

eine Erhöhung der „aktiven“ Sicherheit in den Mittelpunkt der automobilen Forschung. Zahlreiche Fahrerassistenzsysteme sind bereits im Einsatz oder stecken in der Entstehungsphase.

Beachtliche Wirksamkeitspotenziale

Das Thema „Fahrerassistenzsysteme und intelligente Straße“ wurde beim Deutschen Verkehrsexpertentag 2007 der Gesellschaft für Ursachenforschung bei Verkehrsunfällen (GUVU) fachübergreifend diskutiert. Falls die Autoindustrie im Sinne von „aus Unfällen lernen“ die Vision eines „unfallvermeidenden Fahrzeugs“ anstrebt, kommt es entscheidend auf die Wirksamkeit verfügbarer Fahrerassistenzsysteme an. In seiner Dissertation hat Martin Gründl, Universität Regensburg, entsprechende Unfallvermeidungspotenziale ermittelt:

- **Automatische Notbremse:** Von allen Fahrerassistenzsystemen ist sie dasjenige, das den größten positiven Effekt besitzt. Fast immer, wenn zwei Fahrzeuge zusammenstoßen, könnte der Crash durch eine Automatische Notbremse verhindert bzw. abgeschwächt werden.
- **Abstandsregler:** Durch Ablenkung aufgrund von Reizen innerhalb bzw. außerhalb des Fahrzeugs steigt das Risiko eines Auffahrunfalls um jeweils ca. 60 %. Ein Adaptive Cruise Control (ACC) passt die Geschwindigkeit automatisch dem Verkehrsfluss an, um – noch vor einer Notbremsung – ein Auffahren auf ein vorausfahrendes Fahrzeug zu verhindern.



- **Spurverlassenswarner:** Ein Lane Departure Warning (LDW) warnt visuell, akustisch oder haptisch vor dem unbeabsichtigten Verlassen der Fahrspur, z. B. wegen Einschlafens. Das Abkommen von der Fahrbahn durch Unaufmerksamkeit, Müdigkeit oder überhöhte Geschwindigkeit und danach eine plötzliche Lenkreaktion in die entgegengesetzte Richtung, wodurch der Fahrer die Kontrolle über das Auto verliert, machen etwa ein Fünftel aller Unfälle aus.
- **Nachtsichtsysteme (Night Vision):** Sie können bei Dämmerung und Dunkelheit Objekte, Personen und Tiere, die schlecht reflektieren oder sich in einem größeren Abstand vom Fahrzeug außerhalb der Reichweite des Scheinwerferlichtes befinden, frühzeitig sichtbar machen, ohne jedoch andere

Verkehrsteilnehmer dabei zu blenden. Soweit Fahrer entweder alkoholisiert, zu müde oder zu schnell fahren und verunfallen, ist die Nachtsicht nicht unfallrelevant. Deshalb liegt das Vermeidungspotenzial nur bei etwa 2% aller Unfälle.

- **Adaptives Kurvenlicht:** Eine stärkere Ausleuchtung des Kurveninneren beim Abbiegen soll ein früheres Bremsen einleiten, um die Aufprallgeschwindigkeit zu reduzieren bzw. einen Unfall ganz verhindern zu können. Da die Ursache von Unfällen in Kurven bei Dunkelheit in der Regel nicht darin liegt, dass Hindernisse plötzlich in der Kurve auftauchen, sondern darin, dass die Fahrer die Kurve zu spät erkennen, sind an diese Technik keine großen Erwartungen geknüpft.

Automatische
Abstandsregelung:
Mehr Sicherheit,
weniger Stress.
(Foto: dpp/Bosch/GP)

Unverhofft

kommt oft:

Sicherheitssysteme

helfen

(Foto: dpp/Bosch/GP)



Der Mensch lenkt, die Elektronik denkt

Die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) hat in einer Untersuchung aus den Analysen der Systeme Kreuzungsassistent (26%), Kollisionsvermeidungssystem (17%), Hilfen für angemessene Geschwindigkeit, Querführung (20%) sowie dem erweiterten Spurwechselassistent (6%) ein insgesamt sehr großes Unfallvermeidungspotenzial ermittelt, das sich durch Nutzung verschiedener Funktionen im Bereich der schweren Unfälle auf über 70% summiert.

Doch es muss berücksichtigt werden, dass eventuelle Gewinne an Sicherheit möglicherweise wieder dadurch gemindert werden, dass Fahrer ihr Verhalten an die günstigeren Fahrbedingungen anpassen und dadurch neue Risiken eingehen, die sie zuvor nicht eingegangen wären. Das gilt aber nicht für die automatische Notbremse, die für den Fahrer, außer bei einer Vollbremsung, praktisch nicht wahrnehmbar ist. Sie besitzt deshalb nicht nur

das größte Sicherheitspotenzial, sondern zugleich auch die geringste Wahrscheinlichkeit von Risikoadaptionen.

Prof. Dr. Josef Krems von der TU Chemnitz forderte, um die – nicht unerhebliche – Gefahr der Ablenkung und übermäßigen visuell-kognitiven Beanspruchung für den Fahrer zu minimieren, bei warnenden Systemen auf ein ständiges Videobild im Sichtbereich des Fahrers zu verzichten und stattdessen nur „ereignisbasiert in einer abstrakten Anzeige“ bevorstehende Gefahren darzustellen, denn hier gebe es „die höchste Erkennungsrate mit den schnellsten Reaktionen“. Alle Entschließungen des Verkehrsexpertentages können im Originalwortlaut im Internet abgerufen werden:

<http://www.verkehrsexpertentag.de/files/Entschliessungen07.pdf>

Keine Helfer für „knöllchenfreie“ Fahrt

Die zunehmende Ausstattung von Kraftfahrzeugen mit Fahrerassistenzsystemen

wandelt moderne Kraftfahrzeuge mehr und mehr in einen rollenden Computer. Sensoren messen die Geschwindigkeiten, Bremsverläufe, Beschleunigungen oder Airbagauslösung und legen diese in Fehlerspeicher ab. Die so gespeicherten Daten können zu wichtigen Rückschlüssen auf die Fahrweise vor einem Schadensereignis führen und damit zu einem wichtigen Beweismittel für die Rekonstruktion von Verkehrsunfällen werden.

Der Verkehrsreferent des Innenministeriums NRW, LPD Wolfgang Blindenbacher, begrüßte aus polizeilicher Sicht solche Fahrerassistenzsysteme, die deutlich erkennbare Sicherheitsgewinne begründen. Auf besondere Aufmerksamkeit stieß sein Wunsch nach geschwindigkeitsregulierenden Fahrerassistenzsystemen, die – ausgehend von der Infrastruktur (z. B. hinsichtlich eines Tempolimits) – mittels einer optischen, akustischen, haptischen oder auf die Fahrzeugtechnik wirkenden Einflussnahme auf den Fahrer oder das Fahrzeug wirken könnten.

Anders zu bewerten sind spezielle Navigationsgeräte, mit denen die Kraftfahrer vor Stellen gewarnt werden sollen, an denen Verkehrskontrollen stattfinden. Nach einem Urteil des BayVGH vom 13. 11. 2007 (24 ZB 07.1970) liegt eine verbotene Betriebsbereitschaft eines Radarwarngeräts bereits vor, wenn es soweit angeschlossen ist, dass es ohne größeren technischen und zeitlichen Aufwand alsbald in Betrieb genommen werden kann. Wenn objektiv „aus der Sicht eines verständigen Dritten“ die Besorgnis einer Tatverwirklichung in nächster Zeit besteht, darf die Polizei nach § 43 Nr. 1 PolG NRW, auch wenn die konkrete Ordnungswidrigkeit (§ 21 Abs. 1 b StVO) noch nicht begangen ist, aus präventiven Gründen das Gerät sicherstellen.

Peter Schlanstein, PP Dormund

Rubrik „RECHT“ – Waffenrecht aktuell –

Übergangsfrist für den straffreien Umgang mit verbotenen Elektroimpulsgeräten bis zum 31. 12. 2010 verlängert!

Elektroimpulsgeräte müssen seit Inkrafttreten des WaffG am 1. April 2003 mit einem amtlichen Prüfzeichen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) versehen sein. Dieses Prüfzeichen dient u. a. als Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit.

Elektroimpulsgeräte ohne das amtliche Prüfzeichen sind verbotene Waffen i. S. v. § 2 III WaffG i. V. m. der Anlage 2, Abschnitt 1, Nr. 1.3.6. Die Ahndung erfolgt als Ordnungswidrigkeit gem. § 53 I Nr. 2 WaffG.

Da ein Verfahren zur Vergabe des waffenrechtlich erforderlichen Prüfzeichens noch nicht eingerichtet ist, verlängerte das BKA mit Bescheid vom 7. Dezember



2007, Az. SO 11 – 5166.00 – 07/577978, die Geltungsdauer seiner mit Datum vom 28. August 2003 erteilten Ausnahmegenehmigungen I. und II. zum Umgang mit

Elektroimpulsgeräten ohne Zulassung und Prüfzeichen bis zum 31. Dezember 2010. Die Ausnahmegenehmigung wurde im Bundesanzeiger Nr. 236 vom 18. Dezember 2007, S. 8289 bekanntgemacht. Bis zu diesem Zeitpunkt ist der Umgang mit verbotenen Elektroimpulsgeräten ohne Zulassung und Prüfzeichen weiterhin zulässig!

Sobald die o. a. Gegenstände von der PTB geprüft und zugelassen werden, ist die Ausnahmegenehmigung als gegenstandslos zu betrachten.

PHK Andreas Schramm, LAEP NRW, FB 3, Dez. 32 Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten, Organisationsentwicklung
Tel. 07-671-313 o. 0251-7795-313
E-Mail: andreas.schramm@polizei.nrw.de

Rechtsinfos

In den Monatsausgaben der „Streifen“ werden an dieser Stelle zukünftig regelmäßig Informationen zum Thema „Recht“ veröffentlicht, die für den Dienstalltag hilfreich sein können. Diese Rubrik ist ein Ergebnis der Leserumfrage zur „Streifen“, die Mitarbeiterzeitung mehr an den Wünschen und Bedürfnissen der Leserinnen und Leser auszurichten. Das LAEP NRW wird deshalb in enger Zusammenarbeit mit der Redaktion und der Polizeiabteilung des Innenministeriums praxisorientiert die aktuelle Rechtsentwicklung, z. B. aus den Bereichen Verkehrs-, Straf-, Versammlungs- oder Tätigkeitsrecht, publizieren und ggfls. kommentieren.

Neue „Mobile Wache“ im Kreis Warendorf unterwegs



V. l. n. r.:
Dr. Reinhard Knüppel
 (Hymer AG),
PHK Manfred Baune
 (Projektleiter),
PD Erich Nierhoff
 (Abteilungsleiter GS),
Innenminister
Dr. Ingo Wolf,
Landrat Dr. Olaf Gericke und
Ulrich Schoppmann (LMC).
 Fotos: Andreas Zinta

Am 1. Februar 2008 wurde die neue „Mobile Wache“ der Kreispolizeibehörde Warendorf der Öffentlichkeit vorgestellt.



Im Beisein von Innenminister Dr. Ingo Wolf übergab die Herstellerfirma dem Warendorfer Landrat Dr. Olaf Gericke die Fahrzeugschlüssel. Mit der neuen „Mobilen Wache“ bietet die Polizeibehörde mehr

Bürgernähe und gleichzeitig den eingesetzten Beamtinnen und Beamten einen vollwertigen fahrbaren Arbeitsplatz.

Eine behördeninterne Projektgruppe hatte zunächst ein Konzept erarbeitet, das die fachlichen Anforderungen und Einsatzmöglichkeiten für eine „Mobile Wache“ festschrieb. Auf Basis dieser Vorarbeiten entschied sich die Behörde für die

Beschaffung eines neuen Wohnmobils, das den fachlichen Bedürfnissen entsprechend umgebaut werden sollte. Zusammen mit der Herstellerfirma wurde ein modernes Fahrzeug entwickelt, das technisch auf dem neuesten Stand ist und als „Mobile Wache“ in dieser Form einzigartig in ganz Nordrhein-Westfalen ist. Ausgestattet ist das Fahrzeug als „fahrendes Büro“ u. a. mit UMTS-Technik, die es jederzeit ermöglicht, auf das Netzwerk der Polizei Nordrhein-Westfalen und damit direkt auf die polizeilichen Fachanwendungen zuzugreifen.

Die „Mobile Wache“ ist ein „wertvolles Pfund“ für die Polizei, äußerte der Innenminister in seiner Rede vor den Medienvertretern. Landrat Dr. Olaf Gericke hob zudem hervor: „Dieses Fahrzeug ist sichtbares Symbol für die Präsenz der Polizei

im Kreis Warendorf.“ Hauptaspekt des Einsatzes der „Mobilen Wache“ wird die deutliche Verbesserung der Erreichbarkeit, der Ansprechbarkeit und der Präsenz der Polizei im Kreis Warendorf sein. Die „Mobile Wache“ wird zukünftig regelmäßig für Bürgersprechstunden in einem festgelegten Turnus in Orten und Ortsteilen des Kreises eingesetzt, an denen sich direkt keine Polizeiwache oder ein BD-Posten befindet. Begleitet wird das Fahrzeug dann jeweils vom Projektleiter und dem zuständigen BD-Beamten. Darüber hinaus soll die Wache auch zur Verkehrsunfall- und Kriminalprävention und bei Veranstaltungen eingesetzt werden. Der erste Einsatz der „Mobilen Wache“ erfolgte am Rosenmontag beim Karneval in Ahlen.

*Andreas Zinta, LR Warendorf –
Öffentlichkeitsarbeit*



LPD Martin Jansen: „Ich bin wieder hier, in meinem Revier!“

Nun schon zum dritten Mal hängt LPD Martin Jansen (49) seine Uniformjacke in einen Bochumer Polizeispind. Diesmal als Leiter der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz im neu organisierten Polizeipräsidium. Dort sind ihm ca. 1.000 uniformierte Polizeibeamte aus Bochum, Herne und Witten unterstellt. Für Martin Jansen ist es besonders wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Städte ihre Polizei schnell erreichen können und schnelle kompetente Hilfe aus einer Hand bekommen.



Apropos Uniform! Als Mitarbeiter des Innenministeriums hatte Martin Jansen bereits die Möglichkeit, die neue blaue Uniform zu testen (siehe Foto). Diese hängt aber jetzt erst einmal wieder in seinem Bochumer Spind – in seinem alten und neuen Revier.

Im Jahr 1982 begann der Wattenscheider als Polizeiwachtmeister seine Ausbildung in der damaligen BPA II am Gersteinring. Nach seiner Zeit als Polizeihauptwachtmeister in der Bereitschaftspolizei sorgte der 49-Jährige bis 1986 auf den Straßen von Wattenscheid für „Recht und Ordnung“. Anschließend studierte er drei Jahre lang an der Fach-

hochschule in Dortmund. Von 1989 bis 1992 verlegte er seinen Arbeitsschwerpunkt nach Oberhausen, als Wachdienstführer und Dienstgruppenleiter. Anschließend ging es zum zweiten Mal zurück nach Bochum – jetzt für vier Jahre. Martin Jansen koordinierte in der Leitstelle das Einsatzgeschehen in Bochum, Herne und Witten. 1995 verließ er das Präsidium und absolviert an der Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup (jetzt Deutsche Hochschule der Polizei) die Ausbildung für den höheren

Polizeidienst. Als Polizeirat nahm er seinen Dienst in Gelsenkirchen auf, wo er sich als Dezentrat für Einsatzangelegenheiten u. a. um Großereignisse wie z. B. Fußballländerspiele und den Castoreinsatz kümmerte.

Im Jahr 2001 wechselte Martin Jansen ins Düssel-

dorfer Innenministerium – als Referent für Einsatzangelegenheiten und Polizeiverwendung. Dabei beschäftigte sich der gebürtige Wattenscheider ausführlich mit der Altersstruktur der Polizei, bei der die körperliche Leistungsfähigkeit für ihn ein wichtiges Thema ist. So hält sich der zweifache Familienvater auch selbst durch Langläufe und Skifahren fit, liest aber auch gern oder nutzt seine knapp bemessene Freizeit mit handwerklichen Tätigkeiten. Wie lautet sein Lebensmotto? „Wer nicht ständig bemüht ist, sich zu verbessern, verschlechtert sich im Laufe der Zeit!“

Volker Schütte, PP Bochum – Pressestelle

Aktuelle Info der Haupt- schwerbehinder- tenvertretung im Innen- ministerium

Im Rahmen der Jahresversammlung der Schwerbehindertenvertretungen bei der Polizei NRW teilte der Vertreter des Innenministeriums mit, dass die Arbeitszeit der schwerbehinderten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten mit einem Grundbehinderungsgrad (GdB) von 50% bis 70% der Arbeitszeit der schwerbehinderten Verwaltungsbeamten und -beamtinnen angepasst wird. Die Arbeitszeit reduziert sich somit von 41 Stunden auf 40 Stunden/Woche. Der Erlass mit der entsprechenden Regelung ist in den letzten Tagen an die Behörden versandt worden. Die Regelung gilt ab sofort und stellt nun eine Gleichbehandlung aller Beamten und Beamtinnen des Landes NRW her. Die Arbeitszeit der schwerbehinderten Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen mit einem GdB von 80% und mehr beträgt gemäß der AZVOPol bereits seit längerem 39 Stunden/Woche. Hier wird der zusätzlichen Belastung durch eine Behinderung seitens des Ministeriums Rechnung getragen.

Die intensiven Bemühungen der Hauptschwerbehindertenvertretung haben sich gelohnt, denn es ist davon auszugehen, dass durch die neue Regelung für den betroffenen Personenkreis eine spürbare Entlastung und ein wenig mehr an Erholung nach sich ziehen wird. In diesem Zusammenhang bedankt sich die Hauptschwerbehindertenvertretung bei Innenminister Dr. Ingo Wolf und den Mitarbeitern der Abteilung „Polizei“ für die Unterstützung in dieser Angelegenheit.

Erika Ullman-Biller, HSV Polizei NRW

Preisrätsel

Präsentation mit Grafik, Text Akustik			Ferment	Linse von optischen Geräten	Schiffshilferuf (Abk.)	Zeichen für Thulium	dt. Nordsee- hafen	Zeichen für Natrium
Spesen, Aus- gaben								
Abk.: Leitzahl			Satz- zeichen					
Grund- form, Ur- gestalt						Tanzlokal mit Plat- tenmusik (Kurzw.)	5	Norm, Richt- schnur
kurz für: in dem	8		Milch- produkt		be- stimmter Artikel	4		
Operet- tenkom- ponist † 1948		Um- kleide- zelle						7
				10	mit Bäu- men ein- gefasste Straße		Vor- täuschen eines Gefühls	
Treib- stoff		Hülsen- frucht		häufiger Fluss- name in Bayern				
	6							
		13		schwei- zerisch- franz. Strom		Äußeres des Apfels		laut weinen
Handels- gut	Zahlen- übersicht		bayr. u. öster.: Knusprig					
Mittel- europäer						11		
Umlaut			Radauf- hänge- vor- richtung		Trocken- gras			12
Ein- stand beim Tennis		plötzliche Zustands- änderung (Med.)						
				3	Windschat- tenseite fertig			
flüss. Teil des Blutes		Pyre- näen- staat		Qual, Schmerz				
Abzähl- reim: ... mene muh		9		nord- afrik. Staat				
Nutzen, Gewinn	Paral- lelo- gramm		kurz für: Los Angeles					
			1					
Flächen- maß			machen					latein.: für, je
Grund- modell						14		
								2
Schiffs- belader		Abk.: Nord- nord- ost						

sl0924.8-62

Oeffentlichkeitsarbeit (1-22)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----



Gewinnen Sie mit der „Streife“
2 x 2 Freikarten für das
Erfolgsmusical „We Will Rock You“
im Kölner Musical Dome!

WE WILL ROCK YOU ist kein Musical im herkömmlichen Sinn, sondern ein bombastisches Musikspektakel mit über 20 der größten Hits von QUEEN: von Bohemian Rhapsody über Radio Ga Ga bis zur Hymne We Are The Champions.



Bei der witzig-futuristischen Story bleibt kein Auge trocken! Sämtliche Welthits der Band sind in die spektakuläre Multimedia-Show eingearbeitet – verbunden durch eine futuristische Handlung rund um Liebe und Heldentum. We Will Rock You ist kein Musical im herkömmlichen Sinn, sondern ein bombastisches Musikspektakel mit den größten Hits von Queen. Wer das opulente Spektakel noch nicht gesehen hat, sollte dies schnellstens nachholen, da das Musical „We Will Rock You“ nur noch bis zum 30. Juni 2008 in Köln zu sehen sein wird. Mit 250.000 verkauften Tickets in nur 8 Wochen feierte das Original QUEEN Musical WE WILL ROCK YOU den erfolgreichsten Start in der Geschichte des Musicals in Deutschland. Und die Nachfrage reißt nicht ab, denn die einzigartige Show, co-produziert von den Queen Band-

mitgliedern Brian May und Roger Taylor, sowie Hollywoodstar Robert De Niro, schlägt ein bei Publikum und Presse.

Rocken Sie mit – im Kölner Musical Dome, direkt am Rhein, direkt am Hauptbahnhof, direkt im Herzen der Kölner Altstadt! Tickets und weitere Infos gibt es unter 02 11 / 7 34 41 20 – HYPERLINK

„http://www.wewillrockyou.de“
10 % Ermäßigung bei Angabe der PIN 2384. Jetzt nur noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 28. März 2008 einsenden an: Innenministerium NRW

Redaktion „Streife“

Kennwort: We Will Rock You
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

In der nächsten Ausgabe



„AKTION SPEICHE“

Die „AKTION SPEICHE“ ist ein Projekt der Kreispolizeibehörde Gütersloh mit dem integrativen Ansatz zur Bekämpfung von Fahrraddiebstählen und Verkehrsunfällen mit Radfahrern. Fazit der Aktion: Im Stadtgebiet Gütersloh reduzierten sich die Unfälle mit Beteiligung von Radfahrern um 35 Prozent und kreisweit um 26 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Zudem wurden 179 Fahrräder weniger gestohlen (-34 Prozent). Die Kreispolizeibehörde Gütersloh erläutert in dem „Streifebeitrag“ ihr erfolgreiches Konzept.



„Ahl Lück op Jück“

Aufgrund der aktuellen Unfallentwicklung im Bereich des Polizeipräsidiums Köln wurde die polizeiliche Präventionsarbeit mit der Zielgruppe „Senioren“ intensiviert. Das Konzept nutzt die Erkenntnisse einer Fachhochschulstudie und stellt sie für Köln auf eine breite, praxisorientierte Basis. „Verkehrssicherheit für Senioren – Mobilität im Alter,“ (auf „kölnisch“ heißt das „Ahl Lück op Jück“) sieht vor, über den Zeitraum eines Monats Stadtteile Kölns, mit einer hohen Verkehrsunfallrate bei Seniorinnen und Senioren, präventiv intensiver zu betreuen. Das Projektfazit: Während im Land NRW die Zahl der im Straßenverkehr verunfallten Senioren im 1. Halbjahr 2007 um 16,23 % im Vergleich zu 2006 anstiegen, verzeichnet der Bereich des PP Köln einen Rückgang der Unfallzahlen um 1,29 %.

Rätselgewinner

Herzlichen Glückwunsch zum Gewinne der 10 Lamy-Kugelschreiber „Polizei-NRW-Edition“. Gewonnen haben jeweils einen Kugelschreiber: Armin Weiß, Stefan Mellen, Karl-Heinz Jung, Ines Tyborowski, Klaus Haselhoff, Wilhelm Gunkel, Silke Tiegel-Pütz, Helmut Wuttke, Gerhard Stiebing und Christel Weigandt.



Redaktionsschluss für die Ausgabe 1.-2.2008 war der **2.1.2008**, für die März Ausgabe der **4.2.2008**.

IMPRESSUM

Herausgeber: Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf



Verantwortlich: Dieter Spalink,
Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Ralf Hövelmann, Sabine Severing,
Bettina Niewind

Anschrift der Redaktion:
Innenministerium NRW
– Öffentlichkeitsarbeit –
– Redaktion „Streife“ –
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (02 11) 8 71-23 66,
Fax (02 11) 8 71-23 44
CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streife-online.de
E-Mail: streife@im.nrw.de

Verlag, Herstellung und Anzeigen:
VVA Kommunikation GmbH,
www.vva.de
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf,
Telefon (02 11) 73 57-0,
Telefax (02 11) 73 57-507.

Anzeigenverkauf: Petra Hannen
Tel. (02 11) 73 57-6 33,
Anzeigentarif Nr. 20 vom 1. Oktober 2006.
Anzeigenschluss: jeweils am 1. des Vormonats.

Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion im Innenministerium gesandt werden.

An den abgedruckten Beiträgen behält sich die „Streife“ alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die mit Namen versehenen Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers (Signet des Herausgebers ■) wieder.

Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Bezugsbestimmungen:
Die „Streife“ erscheint 10-mal, davon zwei Doppelhefte Jan./Febr. und Juli/Aug. Der Abonnementpreis beträgt jährlich 28,- € (inkl. 7% Umsatzsteuer und Versandkosten).



Sicherheit für den öffentlichen Dienst



Kommen Sie zur HUK-COBURG

- Größter Versicherer des öffentlichen Dienstes
- Top-Tarife und bedarfsgerechte Angebote, die optimal zu Ihnen passen
- Anhaltend gute und beste Noten von Test-Experten

Fragen Sie nach den besonderen Tarifen für den öffentlichen Dienst.

Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtlichen Telefonbuch unter »HUK-COBURG«. Sofortige Auskunft zu unseren günstigen Versicherungs- und Bausparangeboten erhalten Sie unter **0180 2 153153***, per Fax unter **0180 2 153486*** oder direkt auf www.HUK.de.

*6 ct je Anruf aus dem Festnetz. Anrufe aus Mobilfunknetzen können zu abweichenden Preisen führen.



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig